

FORUM

| |
|-------------------------------------|
| Inhalt |
| Der „Grüne Punkt“ Seite 3 |
| Krieg und Frieden Seiten 6 und 7 |
| Frankreich Seite 8 |
| Werfenkrise Seite 11 |

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 140 – April 1992

1 – DM – Solidaritätspreis: 2 – DM

Saubere Umwelt Und Arbeit für alle – Statt Profite für wenige

Ein Berliner Taxifahrer fasste die Stimmungslage der Nation wie folgt zusammen: „Ich fahr ja viele – sehr unterschiedliche – Leute, aber eins han se gemeinsam: Alle sind unzufrieden“. Kein Wunder, denn während die Unternehmer darüber diskutieren, wie sie die Lasten der drohenden Wirtschaftskrise auf uns abwälzen können, ist für viele Arbeitnehmerhaushalte die Krise schon lange Realität: Arbeitslosigkeit von 3,2 Millionen, hohe Mieten und Wohnungsnot, steigende Preise, Steuer- und Beitragserhöhungen und Überschuldung – für Arbeitnehmer aus dem Westen bekannte Alltagserfahrung für Arbeitnehmer aus dem Osten eine bittere Lehrstunde in „sozialer“ Marktwirtschaft.

Wenn die Wirtschaftskrise naht, horten die Unternehmer den Gewinn, wie die Eichhörnchen ihre Vorräte vor dem Winter. Der Unterschied besteht jedoch darin, daß Großaktionäre und Millionäre nicht im Einklang mit ihrer natürlichen Umwelt handeln. Sie lassen verdamm wenig übrig.

Zu wenig: 680 Milliarden DM haben westdeutsche Unternehmer auf der hohen Kante, die Arbeitnehmerhaushalte sind dagegen mit insgesamt 270 Milliarden DM an Konsumentenkrediten verschuldet. Es ist ja nicht allein das liebe Geld, daß man zwei bis fünf mal umdrehen muß, bevor es dem Aldi-Markt die Bilanz versichert ... Arbeitsplätze sind Mangelware, Wohnungen ebenso, aber selbst saubere Luft und Wasser wollen die Herrschenden uns nicht mehr gönnen. Der Raubbau an Mensch und Natur muß ein Ende haben!

Grundlegende Probleme brauchen Antworten ...

... doch wer gibt uns die? CDU und FDP sind Tagelöhner des Kapitals – sie schaffen die Probleme. Die SPD und die anderen linken Parteien drücken sich, die Gewerkschaften rühren sich zwar, aber die Gewerkschaftsführer sind zu defensiv. Keiner wagt es, die Macht der Herrschenden, die in den Chefetagen der Großkonzerne und Banken die Entscheidungen für unser aller Leben treffen, grundlegend in Frage zu stellen. Keiner fordert die 680 Milliarden flüssige Mittel der Unternehmer ein, mit denen man Arbeit für alle schafft und großangelegte Umweltpro-

gramme starten könnte. Kein Wunder, daß die Politikverdrossenheit steigt, wenn niemand die Probleme an der Wurzel – dem kapitalistischen Profitsystem – packt. Viele Jugendliche sind überzeugt, daß Politiker und Parteien abgeben, unfähig und korrupt sind, über 80% mißtrauen ihnen. Die Nichtwähler werden zur größten Partei. Nicht wählen und Nichtstun ist jedoch falsch. Mensch muß selbst aktiv werden, um was zu verändern. Von allein bewegt sich nichts.

Was wir von den Arbeitern in Mecklenburg-Vorpommern lernen können

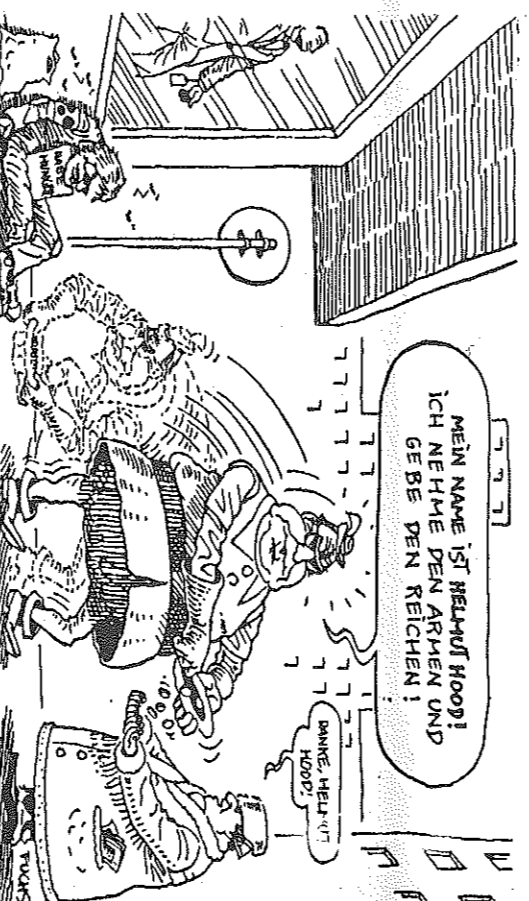
Die Wertarbeiter besetzten ihre Betriebe und kämpften so nicht nur für ihre eigenen Interessen, sondern für die Zukunft des gesamten Landes. Durch ihre Aktionen stürzten sie zwei der verhaschtesten Regierungen aus: Seine Durchlaucht, Ministerpräsident Conrads und den Bildungs- und Kulturschlichter Wützke. Doch der Kampf ist noch nicht beendet. Die Arbeiter fordern den Rücktritt der ganzen CDU/FDP-Regierung und Neuwahlen.

Die SPD hat sich unter dem Druck der Arbeiter der Forderung nach Neuwahlen angeschlossen, doch die Parteioberen beschränken sich auf rein parlamentarische Initiativen. Sie stellen sich oberflächlich wieder selbst ein Bein, indem beim Mißtrauensvotum nicht mal alle SPD-Parlamentarier gegen die Landesregierung stimmen. Einige von ihnen haben sich offenbar sehr an die gedehelte Zusammenarbeit mit den Arbeitsplatz-Vernichtern gewöhnt. Dabei bestünde für die SPD die

Möglichkeit, im Verbund mit Wertarbeitern und Gewerkschaften die Bevölkerung zu mobilisieren und die Landesregierung zu stürzen. Ein Wertarbeiter drücke in einem Interview die Hoffnungen vieler Kollegen so aus: „Ich erwarte von einer SPD-Landesregierung eine sozialere Politik für unser Land.“

Die SPD-Führung wird diese Erwartungen mit ihrer derzeitigen Politik nicht erfüllen. Wenn aber die Zehntausenden, die in den letzten Wochen für Arbeit und eine Zukunft auf die Straße gegangen sind, in die Partei eintreten würden, könnten sie die SPD grundlegend umkämpfen und zu einem politischen Kampfinstrument für ihre Interessen machen.

Bundesweit hat sich gegen Kohl, Möllemann und Co. mindestens genauso viel Frust und Unmut ange-



staut, wie gegen ihre Statthalter an der Ostseeküste. Dies darf nicht verpuffen. Doch die SPD-Führer bremsen und blockieren den Kampf gegen die Politik von Bundesregierung und Unternehmern, indem sie mit ihnen kompromisseln und sogar einen Skandal wie die Realenkommissensenkung für Rentner verteidigen.

Voran hat mit einem sozialistischen Programm den Kampf gegen diese Politik aufgenommen. Wir fordern Euch auf: Werdet für Eure Interessen in SPD und Gewerkschaften aktiv! Schließt Euch dem Kampf von

Voran an!
Thomas Berger, Berlin
Jungsozialist

Krise in Ostdeutschland Frauen tragen die Hauptlast

„Wir merken jetzt, daß Kapitalismus und Gleichberechtigung sich ausschließen“ – das sagte Brunhild Friedel von der Gleichstellungsstelle der Stadt Dresden bereits im Sommer 1990. Vor dem Sturz des SED-Regimes waren solche Sätze eine reine Propagandaübung. Zwei Jahre nach der kapitalistischen Wiedervereinigung haben sich diese Worte für Millionen ostdeutscher Frauen mehr als bewährt.

Heute trennt zwar keine Mauer mehr die ost- und westdeutschen Männer und Frauen, dafür aber riesige Unterschiede in den Löhnen und den Aussichten auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Frauen sind am stärksten von den Angriffen der westdeutschen Unternehmer und der Kohl-Regie-

rung auf die ostdeutsche Bevölkerung betroffen, hauptsächlich aufgrund ihrer Doppelrolle als Berufstätige und Mütter. Sie stellen 62% aller Arbeitslosen im Osten.

Ganze Industriezweige, wie die Textil-, Lederverarbeitungs- und Lebensmittelindustrie, in denen überwiegend Frauen gearbeitet haben, werden völlig plattgemacht. Frauen werden von den westdeutschen Unternehmern aus traditionell weiblich dominierten Branchen, wie dem Bank- oder Versicherungswesen, verdrängt.

Es ist eben billiger, fertig ausgebildete Männer aus dem Westen einzusetzen, als Geld für die Weiterbildung der ostdeutschen Frauen auszugeben.

Frauen werden in der Marktwirtschaft in der Regel nur als „Reservearmee“ billiger Arbeitskräfte gebraucht, die sich ansonsten voll ihren „natürlichen Aufgaben“ in der Familie widmen sollen. Nur in wirtschaftlichen Aufschwüngen und z.B. im Kriegsfall, wenn die Männer an der Front sind, werden die Frauen verstärkt als Arbeitskräfte genutzt. In der Ex-DDR sollen die Frauen derzeit an ihr Schicksal als nicht-berufstätige Hausfrau und Mutter gewöhnt werden.

Die Mittel für Kindertageseinrichtungen werden gekürzt und die Preise dafür massiv heraufgesetzt, der bezahlte Mutterschutz und das Erziehungsgeld eingeschränkt, das Abtreibungsrecht angegriffen und das kostenlose Gesundheitswesen zerschlagen.

Fortsetzung auf Seite 4

Unser Standpunkt: Die Regierungskoalition — ein Scherbenhaufen

Die Zeiten, in denen sich die Regierungskoalition unter Kohl als Kanzler der Einheit auf der Sonnenseite der Wahlgunst wämen konnte, sind längst vorbei. Leere Versprechungen ziehen nicht mehr. Angesichts des Desasters in Ostdeutschland traut sich ohnehin kaum noch jemand, eine helle Welt vorzuzugucken.

Kurt Biedenkopf, CDU-Ministerpräsident von Sachsen, sagte ganz offen: Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West könne erst in 20 Jahren erfolgen, auch nur dann, wenn in den nächsten Jahren 900 Milliarden DM für den Osten aufgebracht werden. Wie diese Summe aufzubringen sei, vor allem vor dem Hintergrund eines wirtschaftlichen Abschwungs im Westen, darüber scheiden sich die Geister in der Koalition.

Die Arbeitnehmer mußten über Steuern den Löwenanteil der 140 Milliarden DM staatliche Gelder aufzubringen, die 1991 in den Osten Deutschlands geflossen sind. In diesem Jahr werden es 180 Milliarden sein. Mittlerweile hat sich aber in breiten Teilen der Arbeiterschaft die Erkenntnis breitgemacht, daß ihr Solidarbeitrag ein „Bereicherungsprogramm für westdeutsche Unternehmer“ gewesen ist, wie der IG Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler es ausdrückt hat.

Die FDP, die nicht so sehr auf Stimmen der Arbeiter angewiesen ist (5% genügen ihr, um weiterhin an der Regierung beteiligt zu sein), hat es einfacher. Wenn die Opfer der Arbeitnehmer nicht ausgereicht haben, dann muß noch mehr herausgepreßt werden, Hauptsache die Profite der Unternehmer stimmen. Je schlechter die wirtschaftliche Lage, um so radikaler werden die Forderungen der FDP.

Die Privatisierung in Ostdeutschland (aber auch im Westen z.B. Post, Bahn) soll schneller durchgezogen werden, egal wieviele Arbeitsplatzplätze vernichtet werden.

Sozialleistungen müssen massiv abgebaut und die Unternehmenssteuer gesenkt werden. Die geplante Pflegeversicherung sollen allein die Arbeitnehmer zahlen. Wenn es nach Lambdorff ginge, wäre ein Lohnstopp für die nächsten 5 Jahre notwendig, um die Gewinne der Unternehmer zu sanieren.

Als Hauptpartei der herrschenden Klasse steckt die CDU in einem Dilemma: sie muß die Interessen der Unternehmer vertreten, aber sie ist auf Stimmen aus der Arbeiterklasse angewiesen, wenn sie die Regierung stellen will. Gerade aus der CDA (Christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft) kommt vehement die Warnung, daß mit fortgesetzten Angriffen, wie sie die FDP vorschlägt, die CDU bald keine Volkspartei mehr sein wird. CDA-Chef Ulf Fink ist darüber besorgt, daß bereits heute nur noch 9% der Parteimitglieder Arbeitnehmer im eigentlichen Sinne sind.

In den Ländern und Gemeinden befürchten die CDU-Lokalparlamente, wegen der Kohl-Regierungspolitik abgewählt zu werden.

Auch in Ostdeutschland, wo Kohl im Dezember 1990 seine größten Wahlerfolge feiern konnte, sehen die Umfragen seit Monaten die SPD mit über 40% weit vor der CDU mit weniger als 30%.

Der Druck der sozialen Katastrophe im Osten wirkt bis in die Regierungskoalition hinein. So gibt es jetzt großen Krach zwischen Kohl und Verkehrsminister Krause, weil dieser als CDU-Landesvorsitzender von Mecklenburg-Vorpommern den Putsch gegen den Ex-Ministerpräsidenten Gomolka organisiert hat. Krause hatte die Stimmung in der Bevölkerung besser eingeschätzt und offen gegen den von Gomolka unterstützten Kurs der West-CDU und der FDP bezüglich der Wertekrise angekämpft (siehe Artikel auf Seite 11). Er wollte die „große Verbundlösung“ durchsetzen und Gomolkas Posten übernehmen.

Die Ost-CDU gleicht einem Hühnerhaufen. 3 Ministerpräsidenten (in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern) sind bereits nach kurzer Zeit aus dem Amt gejagt worden und die Regierungskrise in Mecklenburg-Vorpommern hält weiter an. Die West-CDU würde gern die „Vergangenheitsbewältigung“ etwas breiter treten, als Ablehnungsmanöver nach dem Motto: SED und Stasi sind an den katastrophalen Zuständen schuld. Aber die Blockfluten fühlen sich dadurch in die Enge getrieben und blocken ab. 80% der Ost-CDU Mitglieder stammen aus den Restbeständen der Block-CDU.

SPD kittet die Scherben

Die arbeitende Bevölkerung fühlt sich vom Krisenkanzler buchstäblich verhöhlt. Alle Bedingungen für eine erdrutschartige Bewegung gegen CDU/FDP sind vorhanden.

Doch die Kavallerie rettet die Belagerten. Die SPD-Spitze macht sogar das Angebot, die Verantwortung für die Sozialverbrechen mitzutragen. Der SPD-Vorsitzende Eigholm bietet einen gemeinsamen „runden Tisch“ an und SPD-Geschäftsführer Blessing spekuliert über die Möglichkeit einer Großen Koalition.

Die meiste Kritik an Kohls Regierungspolitik kommt nicht von der Oppositionsbank, sondern aus den eigenen Reihen.

Es ist nicht etwa Ulrich Klose, der fordert, die Unternehmer, die im Osten nicht investieren wollen, mit einer Zwangsabgabe von 5% zu belegen, sondern Ulf Fink von der CDA. Ebenfalls in der CDU werden Stimmen laut, die fordern, die Industrie in Ostdeutschland staatlich weiter zu führen. Dagegen signalisiert die SPD-Spitze Zustimmung zur Postprivatisierung.

Angesichts einer solchen regierungsstreuen Opposition kann die CDA es sich leisten, mit Kritik an der Regierung den Arbeitnehmern Sand in die Augen zu streuen und ein paar Stimmen für die CDU zu holen.

Daß die SPD-Führung der wachsenden Armee der Unzufriedenen keine klare Alternative anbietet, hat zwei Folgen: Erstens werden bei niedriger Wahlbeteiligung mehr Wähler ihren Frust durch Unterstützung rechtstradikaler Parteien ausdrücken. Zweitens bleibt die SPD — wie seit Jahren — in einem politischen Tief von um die 38% der Stimmen (nach aktuellen Meinungsumfragen).

VORAN

zur
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504, Fax 0221/137280.

Druck:

Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 43000 Essen 11.

Bankverbindung:

Postgiraamt Essen, BIZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59430.

Zur Stasi-Hysterie Thesen des Verrates

„Eine Diskreditierung der Aufarbeitung als leuchtendste Siegerlaure des Westens, die den Deutschen im Osten oktroyiert wird, oder als Friedensstörung und innergesellschaftliche Vergiftung ist der Versuch, die Wahrheit zuzudecken.“

Das ist nicht etwa ein Auszug aus einer Erklärung der Bundesregierung, sondern aus den „Zehn Thesen zum Umgang mit der Vergangenheit“, die ehemalige DDR-Oppositionelle, wie Bärbel Bohley und Reinhard Schult gemeinsam mit CDU-Politikern ausgearbeitet haben. Mit diesen Thesen machen sich Schult und Bohley — ob bewußt oder unbewußt — zu Handlangern Kohls. Denn das, was sie so wortreich verneinen, entspricht der Tatsache, die von ihnen mitbetriebene Stasi/Sterie dient ausschließlich den Herrschenden.

Diese benutzen die Stasi als Sündenbock und Ablenkungsmanöver für die soziale Misere im Osten. Die Stasi/Sterie nutzt auch nicht den Opfern der SED-Diktatur. Daran ändert auch nichts, daß die alten Stalinisten diese Argumente mißbrauchen, um sich von ihren Verbrechen reinzuwaschen.

„Eine nachweisliche, bewußte Verstrickung mit dem Apparat der Staatssicherheit muß zu Konsequenzen führen, wenn nicht die Ergebnisse der Revolution verraten werden sollen.“

HBV-Streiks ausweiten!

Am 15.03.92 hatten die meisten Bankangestellten auf ihrem Gehaltskonto 5% mehr Lohn und eine einmalige Zahlung von 300 DM brutto. Dies war ein erstes Zugeständnis der Arbeitgeber als Reaktion auf die bis dahin gelauteten Warnstreiks.

Mit dieser Maßnahme wollten sie die HBV-Aktionen zum Stillstand bringen und die KollegInnen spalten. Doch das Vorhaben schlug fehl. Mit 5% mehr Lohn lassen sich die Bankangestellten nicht abspesen, da jeder weiß, daß wegen Inflation, Steuer und Abgabenbeiträgen ein Tarifabschluß schon bei 6,5% liegen müßte, damit überhaupt ein Reallohnzuwachs zustande käme.

Die Arbeitsetzter hat im Bankbereich enorm zugenommen. Das Zusatzgehalt in der Ex-DDR hat den Arbeitsaufwand in den Zentralen der Banken anwachsen lassen. Dieser wurde jedoch nicht entsprechend den Neueinstellungen aufgefängt, sondern die KollegInnen mußten schneller arbeiten. Unter den Angestellten weiß jeder, daß die Rekordgewinne der Banken ohne sie nicht möglich gewesen wären.

Die Gewerkschaft hat nach Karneval eine Urabstimmung durchgeführt. Bei uns im Betrieb sprachen sich 77,8% der HBV-Mitglieder für einen Streik aus und von den unorganisierten KollegInnen waren es 72,3%. Unter den Bankangestellten gibt es eine Streikbereitschaft, die sich der Unternehmensverschand nicht vorstellen konnte. Die HBV hat dann zu weiteren, unbefristeten

Diese acht Thesen sollte man sich auf der Zunge zergehen lassen. Die Thesenautoren schwingen sich zu Verteidigern der Revolution auf. Von Seiten der CDU ist das der Gipfel der Heuchelei. Die West-CDU hat jahrelang Geschäfte mit der DDR-Regierung gemacht und das SED-Regime stabilisiert.

Von der Rolle der Ost-CDU als „Blockflöte“ ganz zu schweigen. Durch ihre Rolle in der DDR-Opposition und während des Herbstes 1989 genießt sie das Image von „Revolutionären“. Doch wie verdient ist dieses Image?

Die Herbstrevolution von 1989 war ein herausragendes Ereignis in der deutschen Geschichte. Die ostdeutsche Bevölkerung erschlüßte durch ihren machtvollen Protest das SED-Regime.

Doch die Führung der Bürgerbewegungen — darunter auch Bohley und Schult — nutzten die Entschlossenheit der Massenbewegung nicht, um das stalinistische System völlig zu stürzen. Sie hatten Illusionen in den Reformpolitikern Modrow. Doch auch dieser vertrat die Interessen des Partei- und Staatsapparates, der stalinistischen Bürokratie. Durch den runden Tisch (der nicht durch das Volk demokratisch legitimiert war) verstand es die Bürokratie, die Bürgerbewegungen hinzuhalten. Diese wiederum hielten die Massen hin. Sie redeten zwar viel über de-

Streiks aufgerufen. Auch unser Betrieb wurde wickler bestreikt. Wichtig sind vor allem die Streiks bei den Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank). Die Gewerkschaft mußte vor allem die Bankensität Frankfurt flächendeckend bestreiken. Großkundengebungen müssen organisiert werden, damit die Arbeitgeber die Den Streik auszuweiten ist für die Gewerkschaft sicherlich nicht einfach, denn der Organisationsgrad ist relativ niedrig und nicht mit dem im Metallbereich zu vergleichen. Aber mit offensiven Aktionen, guter Informationspo-

„Opfer für den Aufbau im Osten!“ Solidarität mit wem?

Als die Solidaritätsabgabe im Juni letzten Jahres eingeführt wurde, fragten sich viele Arbeitnehmer, für wen diese Solidarität bestimmt sei. Man hätte bestimmt nichts dagegen, wenn der Osses das Geld zugute käme. Viele von uns vermuteten jedoch, daß das Geld eher in die Kassen der Westunternehmer fließen würde.

Ein Beispiel aus Köln kann hierüber vielleicht Aufschluß geben. Eine Gießerei (gegründet 1890) will ihre Produktion in Köln aufgeben und im Elverfahnen nach Rostock umziehen.

Der Unternehmer erklärte seine Entscheidung ehrlich und unverblümt. Hierzu ein paar Zitate (Kölnher Stadtmagazin vom 14. März): „Die Investitio-

nen im Umweltschutz hätten Millionen verschlungen“. Der Betrieb im Osten würde dagegen „nicht viel Geld kosten“. Für die Luftreinhaltung gäbe es dort Übergangsfristen mit großzügigen Grenzwerten, außerdem kräftige Subventionen zum Bau von Entstaubungsanlagen.

Für seine neue Firma in Mecklenburg-Vorpommern ist unser Geschäftsführer voller Lob. Im Osten gäbe es hervorragende Facharbeiter und die Löhne seien weitaus niedriger als in Köln. „Der Unterschied werde nie ganz verschwinden“ (Die IG Metall-Führung sollte diesen Satz zweimal lesen). Und begeistert von der Altersstruktur im Osten: „Die haben alle über 55 Jahre ab-

keit und einem bedingungslosen Einsatz für die Interessen der KollegInnen kann die Gewerkschaft schon in diesem Arbeitskampf viele neue Mitglieder gewinnen. Jedes neue HBV-Mitglied ist ein Trumpf gegen die Gelbzahse in den Chefetagen.

Die Bankangestellten werden eine tarifpolitische Wende auf ihrem Rücken nicht zulassen. Ein erfolgreicher Arbeitskampf wird sicherlich auch den KollegInnen in anderen Bereichen Mut machen, sich ebenfalls zur Wehr zu setzen.

Oliver Brunnhuber
Jungsozialist und HBV-Mitglied

gebaut“. Nach dem Arbeitsplatzabbau von 450 auf 150 im Kölnher Werk bekommt er jetzt in Rostock also eine junge und billige Belegschaft.

Die Arbeiterbewegung wurde auf Solidarität gebaut. Das oben genannte Beispiel zeigt aber, daß die uns von der Bundesregierung aberlangte „Solidaritätsabgabe“, nichts mit Solidarität mit den Arbeitern im Osten zu tun hat.

Wirkliche Solidarität ist nur der Kampf für 100% der Westlöhne und eine sofortige Anpassung aller Umweltschutz- und Arbeitsbedingungen im Osten.

Stuart Garvie, Köln
SPD- und IG Metall-Mitglied

Der „Grüne Punkt“ ist Müll



Momentaufnahme Frühstücksstich am Samstagmorgen: Von der Kartonverpackung der Eier lächelt mir ein grüner Punkt entgegen, auf der Plastikverpackung von Wurst und Käse klebt er, die Margarine, die Mlie mit dem Brot und die Coca-Cola-Dose haben ihn, auch auf der von innen folienbeschichteten Milchmittle thront ein trotziger grüner Punkt.

Vor lauter grünen Punkten finde ich meine Vitamintabletten nicht mehr: Tatsache, auch hier auf dem eingeschweißten Plastikbrotchen: Der Grüne Punkt jeder kennt ihn. Keiner traut ihm. Wo kommt er her?

Die Industrie gründete im September 1990 die Gesellschaft DSD (Duales System Deutschland), der jetzt bis zu 400 verschiedene Firmen zugehören. Sie soll bis 1995 ein flächendeckendes Sammelssystem (mit der gelben Tonne) aufgebaut haben. Die beteiligten Unternehmen verpflichten sich, in grauer Zukunft für die Wiederaufarbeitung ihrer Produkte zu sorgen.

Die Kosten (2 Pfening pro Produkt) werden auf den Verbraucher umgelegt. Die DSD rechnet damit, 1,8 bis 2 Mrd. DM jährlich einnehmen zu können - aus dem Portemonnaie der Arbeitnehmer, versteht sich. Die Unternehmer selber zahlen keinen Pfening und brauchen ihre Müllproduktion nicht einmal einzuschranken. Viele Verbraucher glauben, der Grüne Punkt würde umweltfreundliche Produkte kennzeichnen. Dabei klebt dieser auf allen nur möglichen Verpackungen, auch auf denen, die mit Sicherheit nie wiederverwertbar sein werden.



Von einem Konzept, wie die verschiedenen Arten von Kunststoff von einander getrennt und wiederverwendbar gemacht werden sollen, ist weit und breit keine Spur. Die Chemieindustrie, die jedes Jahr immerhin 1,3 Mio Tonnen bzw. 56 Milliarden einzelne Kunststoffverpackungen produziert, rechnet mit einem Zeitraum von 5-10 Jahren, in denen Ideen und Anlagen ausgereift wären. Der Geschäftsführer von DSD drohte sogar schon, einzelnen Herstellern den grünen Punkt wieder zu entziehen.

„Wegen Reichtum geschlossener“ warme kritisch die Süddeutsche Zeitung vor der Entvölkerung Münchens. Andererseits stehen in München Hausdauern renovierungsbedürftige Häuser leer. Die Besitzer haben ja bereits ein Dach über dem Kopf.

In dieser Stadt zu wohnen - allein das ist schon Luxus. Wer das Glück hat, eine Wohnung zu bekommen, darf sich in manchen Fällen im Schwimmbad nicht stören.

Erst kürzlich wurde ein Fall in die Öffentlichkeit gebracht, der dem städtischen Wohnungsgesamt schon seit drei Jahren bekannt ist. Niemand weiß genau, wieviele Menschen in dem Haus leben, auf jeden Fall sind es aber über Hundert. Die meisten sind junge Männer aus dem Kosovo, die mit Geliebten jeisipso ihre Familien zu Hause unterhalten.

Für einen Platz in einem muffigen 6-Bett-Zimmer (unter den oben genannten Bedingungen) bezahlen sie 260 DM Miete. Wobei sich die Vermieterin als Opfer einer Hausbesetzung sieht und angibt, „nur“ von 40 Mietern Miete zu beziehen. Auch sonst ist sie nicht wenig skrupellos. Als wegen eines Kabelbruchs der Strom im Haus ausfiel und sich ein Mieter bei ihr wegen der offenen Leitungen beschwerte, meinte sie, es wäre ihr egal, wenn alle verbrennen würden.

Immer mehr Münchner müssen mehr schlechtere als schlechte Wohnbedingungen hinnehmen, wenn sie nicht zu den Spitzenverdienern gehören. Nach Auskunft des Münchner Mietervereins sind die Mieten in München von 1984-1991 im Durchschnitt um 50% gestiegen. Ein-Zimmer-Appartments kosten zwischen 700 und 1.300 DM, Tendenz steigend. Man kann sich ja ausrechnen, wieviel dann eine Drei-Zimmer-Wohnung kostet.

Das Ergebnis ist, daß eine Familie oft in ein oder zwei Räumen glücklich werden muß. Die „Landflucht“ ist dann der nächste Schritt. In der FAZ vom 21.06.1991 heißt es: „Nicht nur Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger, sondern auch ganz normale Berufstätige, ob Buchhändler, Polizisten, Krankenschwestern oder Kassierinnen - fallen als Stadtbewohner bald aus.“

Nachdem das produzierende Gewerbe - einst der Stolz und das Fundament der neuzeitlichen Stadtgründer - aus den Zentren verbannt wurde, scheint die Dienstleistungsgesellschaft nicht einmal mehr Platz für ihren Basis-

hen, wenn sich deren „Umwelbewußtsein“ nicht bessert. Er hat aber auch Verständnis für die Schwierigkeiten, die jetzt bei Kunststoff-Recycling auftreten und bietet an, sich an einem Trenn- und Sortierverfahren zu beteiligen. Dafür werde dann wohl ein weiterer Pfening Aufpreis pro Verpackung nötig (Der sogenannte Recycling-Pfening...).

Das Umweltbewußtsein der Bevölkerung ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Zum Beispiel sammeln 93% der Bevölkerung Altpapier und 97% Altes. Unglaublich, aber wahr: Ein Teil davon landet direkt auf der Mülldeponie, weil die Industrie nichts mehr abnimmt.

Die angeblich so flexible Marktwirtschaft reagiert nicht auf das Umweltbewußtsein der Bevölkerung, besser gesagt: sie kann darauf nicht reagieren. Denn ihr Prinzip ist, so billig wie möglich zu produzieren. Da bleibt kein Platz mehr für Umweltschutz.

Wenn die Unternehmer merken, daß der Nettolohn sinkt, beschließen sie, die Produktion zu verlagern. In der Bundesrepublik fehlen insgesamt 2,5 Millionen Wohnungen (1,5 in West- und 1 Million in Ostdeutschland). Von den 26,5 Millionen Wohnheiten im Westen gehen jährlich 150.000 durch Brunnwandlung oder Abruch verloren. In München sind Millionen von Quadratmetern an Büro- und Geschäftsflächen im Bau, aber für Wohnungen gibt es weder Grundstücke noch Geld.

Durch das neuverabschiedete Bauprogramm der Bundesregierung erhalten Spitzenverdienende Bauherren Geschenke. Ein Hochverdiener-Diöparat mit einem Brutto-Jahresinkommen von 220.000 DM bekommt künftig in den ersten drei Jahren jährlich 15.000 DM an Steuern geschenkt, annähernd doppelt soviel wie bisher. Ein Paar mit einem Jahresinkommen von 60.000 DM spart dagegen nur rund 7.400 DM. Beim sozialen Wohnungsbau wird das Normalprogramm nur von 1,75 auf 2 Milliarde DM aufgestockt - für Gebiete mit besonderem Mangel.

Neben den leidtragenden Mietern gibt es zahlreiche Mäker, Spekulanten und Vermietler, die von der Wohnungsknappheit stark profitieren. Mäkergehören verboten (Auf Wohnung werden sie eine kostenlose Umschulung für einen produktiven Beruf erhalten). Sie müssen durch eine kostenlose, kommunale Wohnungsvermittlung ersetzt werden, wie es die SPD als Forderung bereits 1973 beschlossen hat.

Die Marktwirtschaft versagt beim Wohnungsmarkt noch extremer als in anderen Bereichen. Darum fordern wir: - Stopp der Mietpreise und billige Wärmenetze, die nicht mehr als 20%

der Nettolohn sinkt, beschließen sie, die Produktion zu verlagern. In der Bundesrepublik fehlen insgesamt 2,5 Millionen Wohnungen (1,5 in West- und 1 Million in Ostdeutschland). Von den 26,5 Millionen Wohnheiten im Westen gehen jährlich 150.000 durch Brunnwandlung oder Abruch verloren. In München sind Millionen von Quadratmetern an Büro- und Geschäftsflächen im Bau, aber für Wohnungen gibt es weder Grundstücke noch Geld.

Wohnen als Luxus: Beispiel München



Anwachsende Obdachlosigkeit in Deutschland: Holzthüfen in Hamburg

Dafür kämpft VORAN:

- * Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- * Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- * Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost- und Westdeutschland, für Männer und Frauen, Deutsche und Ausländer.
- * Garantiertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- * Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- * Umweltschutz neue Märkte bedeuten kann, rufen sie höchstens die Wertehommel oder tun so, als ob sie umweltfreundliche Produkte anbieten. Müllvermeidung ist ihnen ein Grauel. Allein die Verpackungsindustrie hat 1989 einen Umsatz von 33 Mrd DM gehabt. Ihre Rechnung ist einfach: Je mehr Verpackungen, desto mehr Umsatz, desto mehr mögliche Gewinne.
- * Das System der dualen Abfallwirtschaft bedeutet Teilprivatisierung der Müllabfuhr durch die Hintertür: Die Wertstoffe (Glas, Papier, Metall, usw.) werden von der privaten Abfallwirtschaft eingesammelt. Nicht wiederverwertbare Stoffe werden als Brennstoffe in Heizkraftwerken und Industriehöfen eingesetzt. Nur der Müll, mit dem absolut kein Geld zu machen ist, bleibt Sache der kommunalen Müllabfuhr. Kurz: Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert.
- * In der privaten Abfallwirtschaft gilt: Mit dem Umsatz steigt der Gewinn. Mehr Müll = mehr Geld. Abfallvermeidung durch private Abfallwirtschaft heißt Durst mit Salzwasser löschen.
- * Deshalb: Keine Privatisierung in der Abfallbeseitigung. Weg mit DSD und dem Grünen Punkt!
- * Stattdessen fordern wir ein staatliches Recyclingsystem mit Sammelstellen in jedem Stadtteil. Verbleibender Müll muß ökologisch sinnvoll entsorgt werden, wobei Deponierung grundsätzlich der Verbrennung vorgezogen werden muß.
- * Aber das allein reicht nicht. Müll entsteht nicht beim Auspacken, sondern beim Einpacken. Müll entsteht nicht beim Verbrauch, sondern bei der Produktion. Jedes Produkt, das nicht wiedererverwertet werden kann, ist eines Tages Müll, belastet die Umwelt. Aus welchen Stoffen eine Zahnbürste und deren Verpackung hergestellt werden, ob sie später wiedererverwertbar sind oder die Umwelt belasten, entscheidet nicht der Verbraucher, sondern der Produzent, hier die Chemiewirtschaft. Über die Lebensdauer eines Kühlschranks oder einer Glühbirne und ob die Materialien recycelt werden können, entscheidet der Hersteller. Nebenbei: Wie umweltbelastend die Produktion selbst ist, entscheidet ebenfalls der Produzent.
- * Hersteller, Produzenten, das sind heute private, kapitalistische Firmen und Konzerne. Über das was und wie der Produktion entscheiden sie allein nach dem maximal erzielbaren Profit. Das kann nicht gut gehen, das geht nicht gut. Die Abfallberge wachsen, die Umwelt wird zur Müllhalde.
- * Staatliche Aufgaben müssen dafür sorgen, daß Müll verniedert wird - auf Kosten der Unternehmer, schließlich haben sie bisher an der Umweltzerstörung durch Müll verdient.
- * Aber eine wirkliche ökologische Wirtschaft kann nicht auf dem Profitprinzip beruhen. Deshalb brauchen wir eine demokratische Planung der gesamten Produktion und Verteilung im Interesse der Verbraucher und der Umwelt. Das ist nur möglich, wenn die Konzerne, Banken und Versicherungen unter Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung entzogen werden.
- * Kim Ogenoorth, Aachen JungsozialistIn
- * Bleiberecht für alle Ausländer und volle rechtliche Gleichstellung mit deutschen Bürgern.
- * Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren.
- * Ersatzlose Streichung des §218; Kostenlose Verhütungsmittel; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- * Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnortzählung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- * Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwahlbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- * Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- * Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsames Programm mobilisieren.
- * Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches sozialistisches Programm mobilisieren.
- * Ein sozialistisches Deutschland mußte ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten sein.

Bericht von britischer Frauenkonferenz

Stoppt die Gewalt gegen Frauen

Zeitgleich mit dem Internationalen Frauentag fand in London eine Konferenz zum Thema „Gewalt in der Familie“ statt, veranstaltet von der „Campaign Against Domestic Violence“ (CADV). Fitz Garvie nahm daran teil, um Erfahrungen mit britischen Genossinnen auszutauschen und für VORAN zu berichten.

Die Kampagne wurde im Sommer 1991 von Unterstützerinnen der marxistischen Zeitung *Militant* ins Leben gerufen, als der Fall Sara Thornton bekannt wurde. Sara Thornton wurde von einem britischen Gericht des Mordes an ihrem Ehemann schuldig befunden und zur lebenslangen Haft verurteilt. Sie hatte zu ihrer Verteidigung angeführt, daß sie durch jahrelange körperliche und seelische Gewalt dazu provoziert wurde. Der Richter ließ sich jedoch nicht davon beeindrucken. Zwei Wochen später allerdings wurde ein Mann, der seine Ehefrau im Affekt tötete, ebenfalls für schuldig befunden, seine Haftstrafe jedoch zu zwei Jahren auf Bewährung ausgesetzt. In seinem Fall konnte der Richter wohl verstehen, daß er durch die „ewigen Nötsgeleien“ seiner Frau bis hin zum Mord provoziert wurde.

Dieser skandalöse Fall der Ungleichbehandlung der Geschlechter rief den Zorn vieler Frauen auf den Plan, die sich zum Ziel setzten, das Urteil revidieren zu lassen, die Rechtsprechung im Bezug auf die Frage „Was gilt als Provokation?“ zu ändern und die reaktionäre, sexistische Rechtsprechung vieler britischer Richter einer breiten Öffentlichkeit vorzuführen. Denn Sara Thornton war und ist kein Einzelfall! Die Gerichtsstatistiken selbst zeigen, daß 40 % aller Frauen, die ihren Ehepartner umbringen, lebenslängliche Strafen erhalten, aber nur 24 % der Männer.

Mittlerweile hat sich die Kampagne vieler anderen Fälle von Frauen angenommen, die doppelte Opfer sind: Opfer der Gewalt durch ihre Partner, aber auch Opfer der Justiz.

Der CADV angeschlossene haben sich inzwischen nicht nur einzelne Opfer, die Hilfe suchen, sondern auch Organisationen wie Frauenhäuser oder



Protest vor dem Gefängnis in dem Sara Thornton einsitzt. Ihre Verurteilung zu lebenslänglich, weil sie den Mord an ihrem Ehemann ermordete, der sie jahrelang mißhandelte, eröffnete die Protestwelle gegen Gewalt gegen Frauen in Britannien

andere Frauenhilfsgruppen, aber auch Gewerkschaften, deren Mitglieder täglich mit den Opfern zu tun haben. Das sind z.B. Beamtin oder Angestellte, die in den Wohnungs- und Sozialämtern sitzen, oder Krankenschwestern und -pfleger, die die Frauen aufnehmen, wenn sie von ihrem Mann krankenhauserweise geschlagen wurden. Allen die Tatsache, daß der Unterstützerkreis sich nicht auf die unmittelbar Betroffenen beschränkt, zeigt, welche gesellschaftliche Brisanz in dieser Frage steckt.

Denn Gewalt in der Familie ist nicht die Privatangelegenheit der Betroffenen, sondern ein weitverbreitetes gesellschaftliches Problem. Sie betrifft in erster Linie Frauen, aber auch Kinder. Auf der Konferenz berichteten überwiegend Frauen von der jahrelangen körperlichen und seelischen Brutalität ihrer Männer, aber auch Mädchen und ein Mann, die vom eigenen Vater systematisch verprügelt wurden. Gewalt in der Familie – ausgehend überwiegend vom „Familienvater“ – ist allgegenwärtig und kommt in allen sozialen Schichten vor.

Die Konferenz hat sich auch mit den Ursachen der Gewalt auseinandergesetzt und war sich weitgehend darin einig, daß sie in der kapitalistischen Klassengesellschaft begründet liegen. Diese lebt nicht nur davon, daß die große Mehrheit der Bevölkerung (Männer wie Frauen) von einer kleinen Minderheit (den Unternehmern) ausgebeutet und unterdrückt wird, sondern auch von der weiteren Unterdrückung der Frauen durch die Männer in ihren Beziehungen.

Dies geschieht nicht hauptsächlich aufgrund der körperlichen Überlegenheit der Männer oder der biologischen Rolle der Frau als Gebärende, sondern aufgrund der sozialen Isolation und

Fortsetzung von Seite 1 Ost-Frauen tragen die Hauptlast

Vor der „Wiedervereinigung“ 1990 waren 91 % aller verheirateten Frauen mit mindestens zwei Kindern berufstätig, im Westen waren es ca. 48%. Die meisten ostdeutschen Frauen gingen innerhalb des ersten Lebensjahres ihres Kindes wieder arbeiten, weil die Kindertageseinrichtungen billig und von morgens bis abends geöffnet waren. Somit war es möglich, nicht nur volle acht Stunden zu arbeiten, sondern auch Kinder während der Früh- und Nachtschicht betreut zu wissen.

Für 80% aller Kinder im Alter von einigen Monaten bis zu drei Jahren gab es einen Hortplatz (im Westen nur für 2%), und für fast alle (94 %) Drei- bis Sechsjährigen einen Kindergartenplatz. Im Westen ist der Bedarf zwar mit 79% relativ gut gedeckt, aber bei meist begrenzten Öffnungszeiten von 8 – 16 Uhr bzw. mit Schließung über Mittag ist es westdeutschen Frauen so gut wie unmöglich, voll berufstätig zu sein, geschweige denn schichtzuarbeiten. Ostdeutsche Frauen hatten es also bedeutend einfacher, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Dies war ein großer Schritt in Richtung Gleichberechtigung und erhöhte auch die Gesamtproduktivität der Wirtschaft. Weil auf Grundlage der statistischen Diktatur aber die Möglichkeiten der Planwirtschaft nicht voll genutzt und die Arbeitsproduktivität nicht ausreichend gesteigert werden konnte, war die Berufstätigkeit für Frauen mit längeren Arbeitszeiten als im Westen und zusätzlich mit der Belastung durch die Hausarbeit verbunden.

Wir sollten uns nichts vormachen – die alten SED-Herrn haben die Rechte den Frauen nicht aus menschlicher Güte zugestanden oder weil ihnen die Herzen lag. Nein, sie mußten mit konkreten Verbesserungen dieser Art dafür sorgen, daß so viele Frauen wie möglich in den Produktionsprozessen einbezogen werden konnten und daß die Unterbringungen wegen des Kinderkriegens so kurz wie möglich gehalten wurden, weil die Arbeitskräfte dringend gebraucht wurden.

Schließlich hatten sie ja 1961 die Mauer bauen lassen, damit die arbeitsfähige Bevölkerung ihr nicht auswanderte. Und weil die Geburtenrate in der DDR seit ihrer Gründung kontinuierlich zurückging, mußten sie den Frauen das Kinderkrügen (d.h. die Reproduktion der nächsten Arbeitgenerations) mit Geburtsprämiën, Familienkrediten und Vorrang bei der Wohnungszugabe versüßen.

Gleichzeitig wurde der Erhalt der bürgerliche Kleinfamilie und die Unterdrückung der Frau von der DDR-Führung gezielt genutzt, um ihre Herrschaft zu stabilisieren.

Die Frauen kamen nach der „Wende“ vom stalinistischen Regen in die kapitalistische Traufe und verloren die Rechte und Vorteile, die die Planwirtschaft der DDR ihnen trotz allem geboten hatte.

Aber der größte Angriff kommt noch. In diesem Jahr steht die Verfassungsreform in Sechsen Abtreibungsrecht an. Nach der staatlichen „Wieder-



vereinigung“ mußte die Regierung ihren Versuch, das ostdeutsche Recht auf eine völlig legale Abtreibung innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen zugunsten der westdeutschen Rechtsprechung komplett zu streichen, für zwei Jahre aufs Eis legen. Der Grund war der Widerstand von Frauen im Osten und Westen, der damals in gemeinsamen Demonstrationen mündete. Vermutlich ist sogar Kohl klargeworden, daß der Entzug des ungewissen Frauenrechts – nämlich die Kontrolle und Entscheidungsfreiheit über ihren eigenen Körper – nach allen anderen Übergriffen auf die ehemalige DDR-Bevölkerung zuviel des Guten gewesen wäre.

Jetzt wächst aber der Druck von der katholischen Kirche und den rechten Parteien, ein für allemal dem Abtreibungsrecht den Garaus zu machen und die strenge westdeutsche Rechtspraxis für alle Zeiten verfassungsmäßig festzuklopfen. Diesem Druck muß Gegendruck geleistet werden – und zwar massiv! Westdeutsche Frauen müssen die Auseinandersetzung als Chance begreifen, ihre rechtliche Lage zu verbessern, indem sie für die Ausdehnung des DDR-Rechts auf das gesamte Bundesgebiet eintreten und gleichzeitig das bestehende Recht ihrer ostdeutschen Kolleginnen verteidigen.

Es ist möglich, diesen Angriff abzuwehren und eine Verbesserung zu erzielen – vor allem wenn die SPD und die Gewerkschaften an ihre alten Traditionen als Vorkämpferinnen für Frauenrechte anknüpfen und die Bewegung

von Gericht auf Bewährung freigesen, und es ist gut möglich, daß Sara Thornton und die anderen Frauen, in die Revision gegangen sind, aufgrund des von der CADV erzeugten öffentlichen Drucks erfolgreich sein werden. Schließlich hatten sich die 500 Teilnehmerinnen (ca. 90% waren Frauen) versammelt, um dafür zu sorgen, daß der Druck auf die Justiz, aber auch die Regierung verstärkt wird, um neue Mittel für die Frauenhäuser, Wohngruppen, Kindergärten, die sozialen Dienstleistungen und das Gesundheitswesen bereitzustellen. Die CADV hat sich einen natürlichen Vorstand gegeben und versteht sich ausdrücklich nicht als Debatteklub, sondern als Organisation, die konkret was ändern und für die o. g. Ziele kämpfen will.

Angesichts der zunehmenden Brutalisierung der Gesellschaft, die weltweit aber auch hier in Deutschland beobachtet kann, können die Erfahrungen und die Arbeit dieser Kampagne ein Vorbild für die Arbeiterbewegung hier und in anderen Ländern sein.

Fitz Garvie, Köln
SPD-Mitglied

Kassel Jugendfestival - ein runder Erfolg!

Das erste Kasseler Jugendfestival der Jugendsozialistinnen, Höhepunkt unserer Jugendkampagne, fand am 14. März statt. Die Aufregung war groß, immerhin hatten wir sechs Wochen intensiver Öffentlichkeitsarbeit rund um das Jugendprogramm mit Themen wie Ausbildung und Berufsschule hinter uns gebracht. Etwa 450 Interessierte fanden sich dann auch an dem Abend in dem mit roten Fahnen und dem „Zukunft erkämpfen“-Transparent behangenen Haus der Jugend ein.

Zentraler Programmpunkt des Festivals war die Diskussion über das Jugendprogramm der Jusos. Auf dem Podium waren VertreterInnen aus dem VW-Werk, dem Post-Ausbildungswerk und dem Stahlwerk Hennigsdorf, sowie ein Mitglied der Stuttgarter Schülergewerkschaft. Diskutiert wurden

unter anderem Forderungen aus dem Jugendprogramm, wie gesichertes Mindestlohn für jeden oder Wahlrecht ab 16. Konnte die Diskussion auch nicht alle Reserven aufdecken, so wurde doch klargemacht, was die Kasseler Jusos vertreten und daß Jugendliche mehr erreichen können, wenn sie sich zusammenschließen, sich organisieren und gemeinsam für ihre Rechte kämpfen.

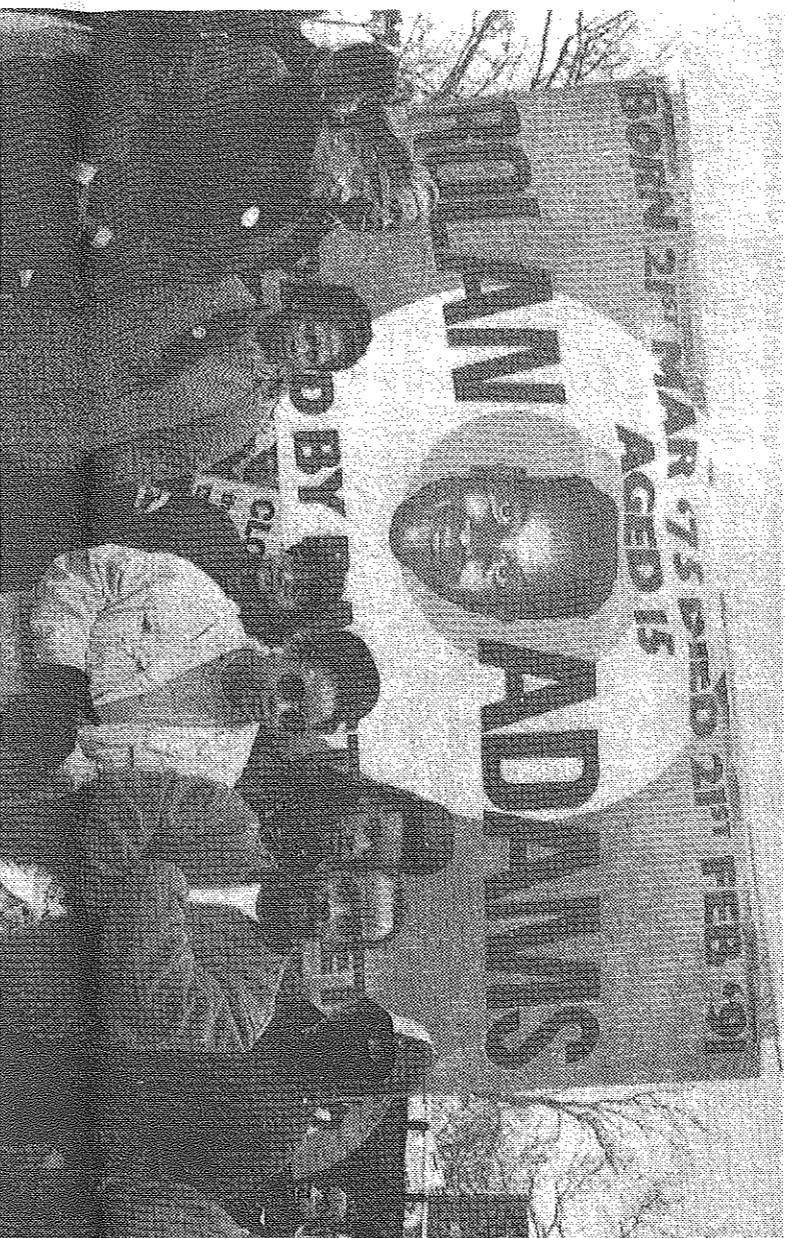
Fernab des Jubels bot sich die Möglichkeit der Information über die Juso-Arbeit der letzten 12 Monate in einem eigenen Juso-Raum, sowie über die während der Kampagne gelistete Arbeit. Berufsschüler dokumentierten ihre Zusammenarbeit mit den Jusos, DT 64-Unterstützer und die Greenpeace-Gruppe Kassel nutzten das Festival als Forum für ihre Anliegen.

Das Café war den ganzen Abend Anlaufstelle für Kaffeetrunk und Diskussionen, zugleich Auftrittsort für eine Percussionsession und Klavierspieler.

Den letzten Teil des Abends läuteten die Auftritte dreier Kasseler Bands ein, die so lange zur Zufriedenheit aller Gäste spielten, daß sich nach zwei Uhr morgens kaum noch ein Tanzwütiger finden ließ.

Fazit: Die Erwartungen sind übererfüllt worden, die Arbeit der Jusos hat Anerkennung und Beachtung erfahren. Inhaltlich ist die Position der Jusos so stark, daß sich trotz mehrfacher Eindringung kein SPD-Politiker finden ließ, der auf dem Festival erscheinen wollte.

Stephan Kaiser, Kassel
Jugendsozialist



Die Familie des von Faschisten ermordeten 15jährigen Rolan Adams auf einer Antifa-Demo gegen die British National Party (BNP).

Antifaschismus International

Das Anwachsen neofaschistischer Organisationen und Parteien ist keine national begrenzte Erscheinung. Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Armut, Perspektivlosigkeit - das ist die Basis des Faschismus und diese Basis existiert in allen europäischen Ländern. Da, wo die Nazis schon stark sind (wie in Frankreich oder Deutschland) und auch da, wo sie noch schwach sind, wie z.B. in Großbritannien.

Die Gefahr des Wachstums rechtsextremere Gruppen sehen auch britische Antifaschisten in der Grafschaft Kent. Die Medway Anti Racist Campaign lud mich deshalb im Februar für zwei Wochen nach England ein und organisierte eine Reihe von Veranstaltungen und Vorlesungen in Universitäten und Colleges, um über die Lage in Deutschland zu informieren und darauf hinzuwirken, daß in Großbritannien ähnliche Bedingungen für Erfolge der Nazis bestehen wie hier.

Im Wahlbezirk Blohe Town in Tower Hamlets erzielte die Britische National Partei (BNP) 25% der weißen Stimmen bei kürzlichten Parlamentswahlen. Obwohl die faschistischen Organisationen nicht besonders stark sind (die BNP und die Nationale Front haben jeweils ca. 3000 Mitglieder), ist der Rassismus ein besonderes Problem in Großbritannien. Nach Polizeiangaben gibt es dort alle 28 Minuten einen rassistischen Angriff.

Aber vor allem die Polizei selbst ist an brutalen Attacken gegen Schwarze beteiligt. Gerechtigkeit ist ein Fremdwort für Polizei und Justiz. Schwarze machen 4,4% der Bevölkerung aus, gleichzeitig jedoch ein Drittel derjenigen, die vor Gericht erscheinen müssen. Schwarze Jugendliche erhalten doppelt so häufig eine Jugendstrafe wie weiße. 1988 gab es 5294 Beschwerden

den gegen die Londoner „Metropolitan Police“, von denen nur 166 unterzucht und nur 22 geahndet wurden. Billy Power, einer der zu Unrecht inhaftierten Birmingham Six sagte dazu: „Wenn die Polizei in diesem Land sagt, du bist schuldig, dann bist du schuldig, vor allem wenn du schwarz oder Inisch bist.“

Auf meiner Rundreise konnte ich feststellen, daß es bei einem wichtigen Teil von Jugendlichen und Arbeitern große Sensibilität zu diesem Thema gibt, wenn auch die Mehrheit noch nicht die Notwendigkeit des Handelns erkannt hat. Der Medway Anti Racist Campaign ist es aber gelungen, über diese Veranstaltungsthe neue Unterstützer aus den Gewerkschaften, der Labour Party und der Studentengewerkschaft zu finden.

Falls die Faschisten in Medway in Aktion treten, werden sie die richtige Antwort zu hören und zu spüren bekommen. Während meiner Rundreise trauten sie sich aber nur zu einem Drohanruf in der Gaststätte, wo die Hauptveranstaltung stattfinden sollte. Der eingeschüchterte Wirt kündigte uns zwar den Raum, aber es war schnell ein neuer gefunden und die Nazis merkten wohl, daß sie uns nicht einschüchtern können und ließen nichts mehr von sich hören.

Auch landesweit tut sich etwas. Am 22. Februar demonstrierten über 7.000

Antifaschisten am Jahrestag der Ermordung des schwarzen Jugendlichen Rolan Adams durch rassistische Banden für die Schließung der Zentrale der Britischen National Partei.

Die Labour Party und die Gewerkschaftsführung verhalten sich in dieser Frage ruhig. Der linke Labour-Abgeordnete Ken Livingstone versuchte auf der Kundgebung Sympathien zu gewinnen, indem er sagte, daß schwarze Organisationen die Führung in einer Antirassismus-Bewegung haben müssen. Damit versucht er aber, sich aus der eigenen Verantwortung zu stehlen.

Rassismus und Faschismus sind Angriffe auf die gesamte Arbeiterklasse. Deshalb muß das Ziel einer antirassistischen Bewegung die Einheit der Arbeitenden gegen die Einheit der Arbeitenden Wegbereiter sein.

Und dabei sind in Großbritannien die Labour Party und die Gewerkschaften genauso gefragt wie hier SPD und DGB. Die SPD-Führung macht allerdings den Versuch, in der Asypolitik mit der rassistischen Politik der CDU zu konkurrieren. Wir müssen selber gegen Rassismus und Faschismus aktiv werden. Der SPD-Führung muß von der Basis Druck gemacht werden, daß sie ihre Rechtskurs aufgibt. Saechta Stanidc, Aachen

DT 64 Eines wurde deutlich: Es geht um mehr

Demo in Schwerin

Am Samstag, den 29. Februar hatten DT 64-Freundeskreise aus Schwerin, Greiswald, Stralsund und Neubrandenburg sowie das Rostocker Jugendalternativzentrum zur landesweiten Aktion für DT 64 in Schwerin aufgerufen. Es sollten eine Demo und ein sechsstündige Benefizkonzert für die Wiederansetzung des ostdeutschen Jugenderadros DT 64 in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden. Motto: „Gegen eine jugendfeindliche, gleichgültige und verantwortungslose Medienpolitik ... und für die Wahrung der Interessen der Menschen Mecklenburg-Vorpommerns in Hörfunk und Fernsehen“.

Der Demonstrationssatz setzte sich um ca. 14 Uhr vom Marktplatz aus in Bewegung. Dabei waren auch Vorkonferenzen aus Lübeck und Rostock. Es war schon eindrucksvoll: Überall in Schwerin hingen oder lagen Plakate, die die Aktionen ankündigten und zur Teilnahme aufriefen. Auf Papierkörben, an Haus- und Plakatwänden sowie an Schaufenstern sowie den unterschiedlichsten Stellen war es zu lesen: „DT 64“, „DT-Power“, „Power from the Eastside“ ... Die Demo, die die ganze Zeit von einem Hubschrauber und einem Aufgebot von etwa 1000 Polizisten beobachtet und begleitet wurde, scholl laut Angabe der Veranstalter auf 5000 Menschen an.

Die Stimmung war, wie ich aus vielen Gesprächen erfuhr, vom Frust bestimmt. Auf der Abschlusskundgebung vor dem Schweriner Schloß und nahe der Schweriner Staatskanzlei kamen Vertreter einiger Freundeskreise zu Wort. Auch hier wurde schon, wie auch später auf dem Konzert und in der Pressekonferenz, deutlich: Es geht um mehr als DT. So solidarisierten sich die Veranstalter mit den Rostocker Werftarbeitern, die ihre Werten aus Protest gegen die miserable Wirtschaftspolitik

„Auweia, Nestbeschmutzer!“ Verkaufsverbot für VORAN

Am 4.3., auf einer Mitgliederversammlung der SPD in Berlin-Adlershof, an der 21 Genossen teilnahmen, wurde unter anderem auch über uns, die drei Vorkonferenzen, gesprochen. Unser Abgeordneter begann mit folgenden Worten: „Ein paar Genossen haben sich unruhlich benommen“ - er sah uns streng an. Alle schweigend schloß sich der Abgeordnete.

Gemeint war eine Wahlkampfveranstaltung am 1. Februar, als wir mit großem Erfolg Vorkonferenzen, Butens und Rosa Luxemburg-Broschüren verkaufen. Nach Meinung eines SPD-

der Herren Gornika (Ex-CDU-Landesvater) und Konsorten besetzt hatten.

Sie sprachen sich auch gegen jegliche Fremdbestimmung und den Vereinnahmungsprozess des Ostens durch den Westen aus, ob in Gestalt von westlichen Politikern, westlichen Eigentümern, Rückforderung oder sonstigen Besessenen. Und es wurde auch eine Warnung an die Herren Politiker gerichtet. Sie wußten nach dem heißen Revolutionsherbst von 1989 schließlich nur zu gut, welches Schicksal Politiker ereilen kann, wenn sie völlig gegen die Interessen des Volkes handeln würden. Auch Sprechaktore mit der Losung „Gornika weg, hat kein Zweck!“ waren zu hören.

Nach der Auflösung der Demo trotete ein Teil der Demo zur Schweriner Stadthalle, wo das Benefizkonzert mit „Fury in the Slaughterhouse“, den „Skeptikern“, „Michele Barses!“ usw. tobten bzw. stattfinden sollte.

Und am Rande mußte die Staatskanzlei, die auf dem Weg zur Stadthalle liegt, dran glauben. So kam es zu verständlichen (aber der Sache nicht gerade dienlichen) Farbfleaschertwürfen gegen die Staatskanzlei, die mit bunten Farbflecken verschönt und garniert wurde. Die Polizei holte daraufhin ein paar Straßen weiter vermeintliche Chaoten aus dem Zug - wie so oft völlig willkürlich.

Auf der Pressekonferenz wurde das Bedauern über die kleinen Ausfälle bedauert. Solange die Politiker sich nicht um die Interessen der Jugend kümmern würden, müßten diese sich nicht wundern, wenn Jugendliche in ihrer Verzweiflung zu Gewalt griffen. Zu Recht wurde die Frage gestellt: „Warum hat man Geld für teure Autobahnprojekte, aber vernachlässigt völlig die Jugend und ihre Interessen?“

Kim Pierre Levrermann, Lübeck
Jugendsozialist

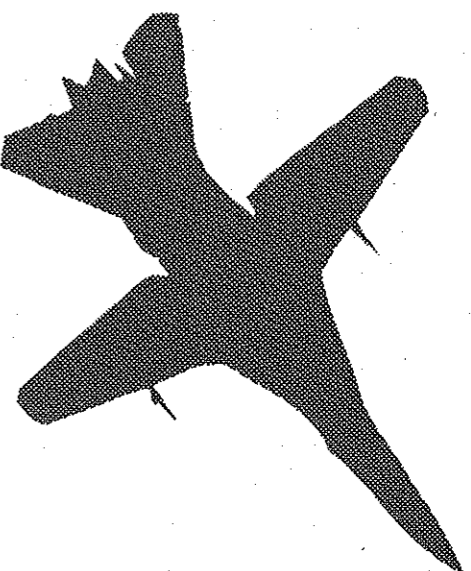
Argumente...
Kampf gegen Rassismus und Faschismus
8 Seiten DIN A4,
Preis: 1,- DM
bei Einzelbestellungen an die Redaktion bitte Briefmarken (+1,- DM Porto) belegen

Jene Luutig, Berlin-Adlershof
SPD- und IG Medien-Mitglied.

aktiv bei den Jusos



10 Jahre nach der Friedensbewegung Krieg und Frieden in den 90ern



Vor zehn Jahren war in der BRD der Höhepunkt der Friedensbewegung. Bei den Demonstrationen und Blockaden 1981-83 gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missile waren Hunderttausende auf den Beinen. Im April 1982 nahmen insgesamt 500.000 Menschen an den Ostermärschen teil, im Oktober 1981 und im Juni 1982 demonstrierten je ca. 300.000 in Bonn.

Die Situation war geprägt von der Konfrontation der Blöcke und harten Sprüchen der Militärs - und US-Präsidenten! - über die Führbarkeit eines Atomkrieges. Viele Menschen hatten Angst vor einem atomaren Krieg, vor dem „Großen Knall“. Krieg bedeutete im Bewußtsein nicht „nur“ Mord und Zerstörung, sondern war eine Frage von alles oder nichts.

Nach einer Phase von Abrüstungsverhandlungen zwischen den Supermächten und mit dem Ende des Systemengesetzes ist heute die nukleare Frontstellung vorerst vorbei. Die umkämpfte NATO-„Nachtströmung“ wird wieder rückgängig gemacht, Raketen werden abgezogen.

Die Führer aller großen Mächte reden von Weltfrieden und den UN-„Friedenstruppen“, von Sicherheit und KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Das Minutalprogramm der Friedensbewegung Anfang der 80er ist damit zu einem großen Teil erfüllt.

Doch der Krieg ist zurückgekehrt nach Europa. Nicht als alles vernichtender „abstrakter Alptraum des „big bang“, sondern als begrenztes, ordinäres Wort in Jugoslawien.

Die Ideen, Aktivitäten und Forderungen vieler bundesdeutscher Friedensaktivisten waren von der Vorstellung geprägt, daß hauptsächlich der Systemgegensatz, die Existenz riesiger Waffenarsenale, die verselbständigte Dynamik der Rüstungsspirale oder durchgeknallte Militärs für die Kriegsgefahr verantwortlich sind. Viele haben daher die Gefahr eines nuklearen Krieges überschätzt.

„Friedensdividende“

Unter „Friedensdividende“ versteht man die Gelder, die früher in die Rüstung geflossen sind und jetzt für ökologische und soziale Programme sowie Hilfen für die unterentwickelten Länder eingesetzt werden können. Viele Friedensbewegte hatten die Hoffnung, daß durch den Abrüstungsprozess diese Milliarden geradezu automatisch vermünftig eingesetzt würden.

Doch in der Realität sieht es anders aus. Das zeigt das Beispiel USA. Die Einsparungen im Rüstungshaushalt fallen erst einmal nicht so stark ins Gewicht. Während einige Großprojekte gestoppt werden, wird die Armee modernisiert, um schnelle Einsatzfähigkeit zu erreichen.

Entwicklung der Rüstungsausgaben

(Angaben in Milliarden Dollar, Zahlen für 1991 geschätzt)

| Alle 15 NATO-Länder | USA | BRD |
|---------------------|--------|--------|
| 1989 | 469,55 | 304,09 |
| 1990 | 503,14 | 306,17 |
| 1991 | 515,61 | 305,59 |

Quelle: NATO, nach Handelsblatt vom 31.12.91

Die USA wollen bis 1997 ihren Rüstungshaushalt um 30% senken. „So weit und kein Stück weiter“ warnte Präsident Bush. Die auffälligste Folge der Einsparungen ist - Arbeitslosigkeit. Gestoppte Projekte vor allem im Kampfflugzeug-Bereich werden bei Boeing (und anderen) zu mehreren Zehntausend Entlassungen führen.

Ab Mitte der 80er Jahre wurde der Auswurf in den USA massiv durch großzügige staatliche Ausgaben aufrechterhalten. Diese gingen jedoch nicht in normale Be-

„Der Wehrbeauftragte Biele verwies darauf, gerade bei den Einsätzen in der Türkei während der Golfkrise hätte den Soldaten im vorigen Jahr die ‚Rückendeckung von zu Hause‘ gefehlt. Es könne nicht vorrangig die Aufgabe der Soldaten sein, ihren Einsatz im Rahmen solcher Konflikte gegenüber sich selbst und den Bürgern rechtfertigen zu müssen. Die Einsätze dürften politisch nicht umstritten sein.“ (faz vom 13.3.1992)
Als „Staatsbürger in Uniform“ hat man also gefälligst zu schießen, nicht zu denken!

Sie haben übersehen, daß nicht militärischer Irrsinn oder Waffensysteme die Militärpolitik von Staaten bestimmen, sondern die Interessen der Herrschenden und die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft.



Politik mit anderen Mitteln

Der preussische Militärstrategie Clausewitz bezeichnete den Krieg als „die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Die Armeen von Nationalstaaten oder Staatenbündnissen setzen die Interessen der Herrschenden um. Kriege entstehen nicht aus Mißverständnissen, wegen zufälliger Ereignisse oder weil irgendjemand Ihrer sich eines Staates bemächtigt.

Der Kapitalismus basiert auf der Konkurrenz der einzelnen Unternehmen um Absatzmärkte für ihre Produkte - nach dem Motto eines BMW-Managers: „es gibt auf der Welt zu viele Autos, aber zu wenig BMWs“. Der Staat und sein Militärapparat dienen dabei als Mittel zur Durchsetzung der Interessen der Kapitalisten eines Landes oder eines Bündnisses.

Einfluß darauf, ob es zum Krieg kommt, sondern beeinflussen Zeitabläufe und genaue Umstände. Provokationen, Diplomatie und Verträge haben für Staaten die Funktion, sich in günstige Ausgangspositionen zu versetzen.



Ein Jahrhundert von Krieg und Barbarei

Der Erste Weltkrieg wurde um die Neuaufteilung der Welt geführt. Die Kolonien waren vergeben, das Deutsche Reich, die wirtschaftlich am schnellsten wachsende Macht in Europa, war dabei „zu kurz gekommen“. Die eigenen Märkte wurden zu eng.

Die Niederlage Deutschlands hatte dessen wirtschaftliche und politische Niederhaltung zur Folge. Ergebnis war, daß die deutschen Kapitalisten schon vorberieten, um ihr System vor dem Zusammenbruch und der sozialistischen Revolution zu bewahren. Sie brauchten dazu ein äußerst aggressives Vorgehen und die Zusammenfassung des ganzen Landes zur Kriegsvorbereitung. Dazu diente ihnen der Hitler-Faschismus. Deutschland begann zwar den Zweiten Weltkrieg, Grundlage für den Weltbrand waren jedoch auch die enormen Gegensätze zwischen USA und Japan im Pazifik. Und alle imperialistischen Länder hatten das gemeinsame Ziel, den ersten nicht-kapitalistischen Staat Sowjetunion zu zerstören.

So traten die USA erst in den Zweiten Weltkrieg ein, als absehbar war, daß Deutschland mit seinem Feldzug gegen die Sowjetunion scheitert.

Die Kriege der „Nachkriegszeit“ in Korea und Vietnam waren in erster Linie Kriege zur Zurückdrängung des Unabhängigkeitskampfes der ehemaligen Kolonial-Länder und der sozialen Revolution.

Der sogenannte Kalte Krieg zwischen Ost und West war eine Auseinandersetzung zwischen den gegensätzlichen Gesellschaftssystemen Kapitalismus und Stalinismus. Wegen des

Konkurrenz zwischen militärischen und sozialen oder ökologischen Investitionen und Maßnahmen

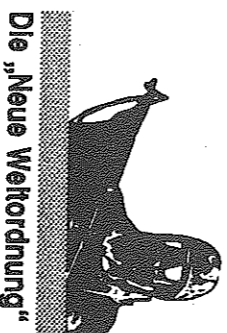
| Rüstung | Kosten in Dollar | Soziales/Ökologie |
|--|------------------|---|
| Ausgaben der BRD für militärische Beschaffung, Forschung und Entwicklung, 1985 | 10 750 000 000 | Geschätzte Kosten für die Sanierung des deutschen Teils der Nordsee |
| Weltweite Rüstungsausgaben für 3 Tage | 6 500 000 000 | 5-Jahresprogramm zur Rettung der tropischen Regenwälder |
| 1 Trident-U-Boot | 1 400 000 000 | 5-Jahresprogramm zur Impfung gegen tödliche Krankheiten, das 1 Millionen Todesfälle jährlich verhindert |

Rüstungsausgaben in der EG für 10 Tage

2 000 000 000

Betriebskosten eines B-1B-Bombers für eine Stunde

21 000



Die „Neue Weltordnung“

Der Zusammenbruch der sich „sozialistisch“ nennenden bürokratischen Diktaturen hat nicht zur marktwirtschaftlichen Stabilität geführt. Die jetzige Zeit ist wegen des Mangels an Alternativen so stark wie nie ideologisch vom Kapitalismus geprägt - die Stalinisten haben den Sozialismus stärker in den Schmutz gezogen als seine offenen Gegner es je vermocht hätten. Aber es ist vor allem die Zeit eines rapide schein-

Jährliche Kosten für die Sanierung von Sondermülldeponien in 10 Mitgliedsländern der EG bis zum Jahr 2000

Kosten für die ärztliche Versorgung von Müttern in 10 afrikanischen Dörfern, mit der die Müttersterblichkeit um die Hälfte gesenkt werden kann

Quelle: Worldwatch Institute, verschiedene Quellen.

kenden Lebensstandards in der „Dritten Welt“ und in Osteuropa, eine Zeit der schneller werdenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Während die technischen Möglichkeiten der Menschheit wachsen, hürden immer mehr. Die „Schwellenländer“ Brasilien und Argentinien, einst Träger der Hoffnung, daß sich ein Land der „3. Welt“ zu einem Industrieland entwickeln kann, gehen im Chaos unter. Die Flüchtlingsbewegungen auf der ganzen Welt nehmen zu. Die Zahl der Menschen, die ihre Heimat wegen Armut oder Umweltkatastrophen verlassen müssen, wächst.

In Osteuropa ist von den vielgepriesenen Segnungen der Marktwirtschaft wenig zu spüren. Arbeitslosigkeit und Armut sind fast durchgehend gewachsen, die alten stalinistischen Bonzen haben den Nachlaß ihres Systems an sich gerissen. Die Privatisierung in der GUS läuft auf Mafia-Art, es entsteht eine Art bürgerlicher Raubritterklasse. Die westlichen Konzerne halten Investitionen zurück, da die Profiterwartung nicht groß genug ist, um die unsichere politische Lage vergessen zu machen.

Armut, Umweltkatastrophen, ungleiche Lebensbedingungen. Nur Trümmern können glauben, daß es bei solchen Zuständen Frieden geben kann.

Bankrote Herrscher brauchen den äußeren Feind, um ihre Staaten zusammenzuhalten. Das trifft auf Serbien zu wie auf Israel, auf Indien wie auf Aserbaidschan. Regionale Imperialisten à la Saddam Hussein werden über kurz oder lang in Konflikte mit anderen Regionalmächten oder mit den kapitalistischen Großmächten geraten. Massenbewegungen gegen die unrentglichen Lebensbedingungen werden zunehmen, sei es unter nationalistischem oder religiösem Banner oder als schlichte Massendurchmärsche. Neben diesen Erscheinungen des Zerfalls wird es auch Kämpfe der Arbeiter und Bauern für soziale und demokratische Rechte und Ansatzpunkte für sozialistische Bewegungen geben.

Die Konzerne der Industriestaaten haben ein Interesse an einer Welt, in der in Ruhe Profite gemacht werden können, ohne lästige Konkurrenten oder das Aufbegehren des „Pöbels“. Investitionen, Märkte, billige Rohstoffquellen und Schuldenrückzahlungen – all das sind für sie schätzenswerte Güter.



Militärische Planungen

Auf ihrer Tagung im Dezember haben die NATO-Verteidigungsminister* verkündet, daß ein Krieg in Europa wahrscheinlich geworden ist. Sie haben ihre Mitglieder zu verstärkten „Verteidigungsanstrengungen“ aufgerufen.

Um Szenarien militärischer Aktionen dreht sich die derzeitige Diskussion in NATO, Westeuropäischer Union und Bundeswehr.

Schon in den letzten Jahren der Ost-West-Konfrontation wurden NATO-Streitkräfte in Vorbereitung auf kleinere, militärisch begrenzbare Kriege umorganisiert. Dieser Prozeß wird jetzt beschleunigt weitergehen.

„Totale Kriege“ unter Beteiligung westeuropäischer Länder sind in den nächsten Jahren ausgeschlossen. Die Militärs bereiten sich auf den Aufbau wirksamer Interventionsstruppen vor, die schnelle Schläge führen können oder für eine begrenzte Zeit in einem Land stationiert werden, um „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen – eine Art militärisch wirksamer „Blauhelme“. In ihrer Propaganda werden die Regierungen Eingreiftruppen in Osteuropa oder der „3Welt“ als Friedensstruppen darstellen, um „Blutvergießen zu vermeiden“ und „nationale Konflikte zu entschärfen“.

Als Vorbilder könnte das Eingreifen der USA auf der Karibikinsel Grenada 1983 dienen. Darnals nutzte Präsident Reagan bewaffnete Kämpfe innerhalb der Linken Regierungspartei Grenadas aus, um Truppen zu entsenden und die Linke zu zerschlagen.



Konflikte zwischen USA, EG, Japan

Alle NATO-Staaten ziehen an einem Strang, wenn es darum geht, die Besitzverhältnisse dieses Planeten zu verteilen. Doch das soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit dem Ende des Systemgegensatzes auch die Konflikte zwischen den Industriestaaten stärker aufbrechen. Die Konkurrenz unter den großen Machtblöcken USA, Japan und EG sowie innerhalb der EG ist größer geworden. Die Staaten fahren stärker ihren eigenen Kurs in der Außen- und damit auch der Militärpolitik. So kann z.B. die BRD nicht davon ausgehen, daß der große Bruder USA weiter im Interesse aller den Bluthund machen. Die Regierungen stellen sich darauf ein, daß sie zumindest zeitweise alleine militärisch handlungsfähig sein wollen.

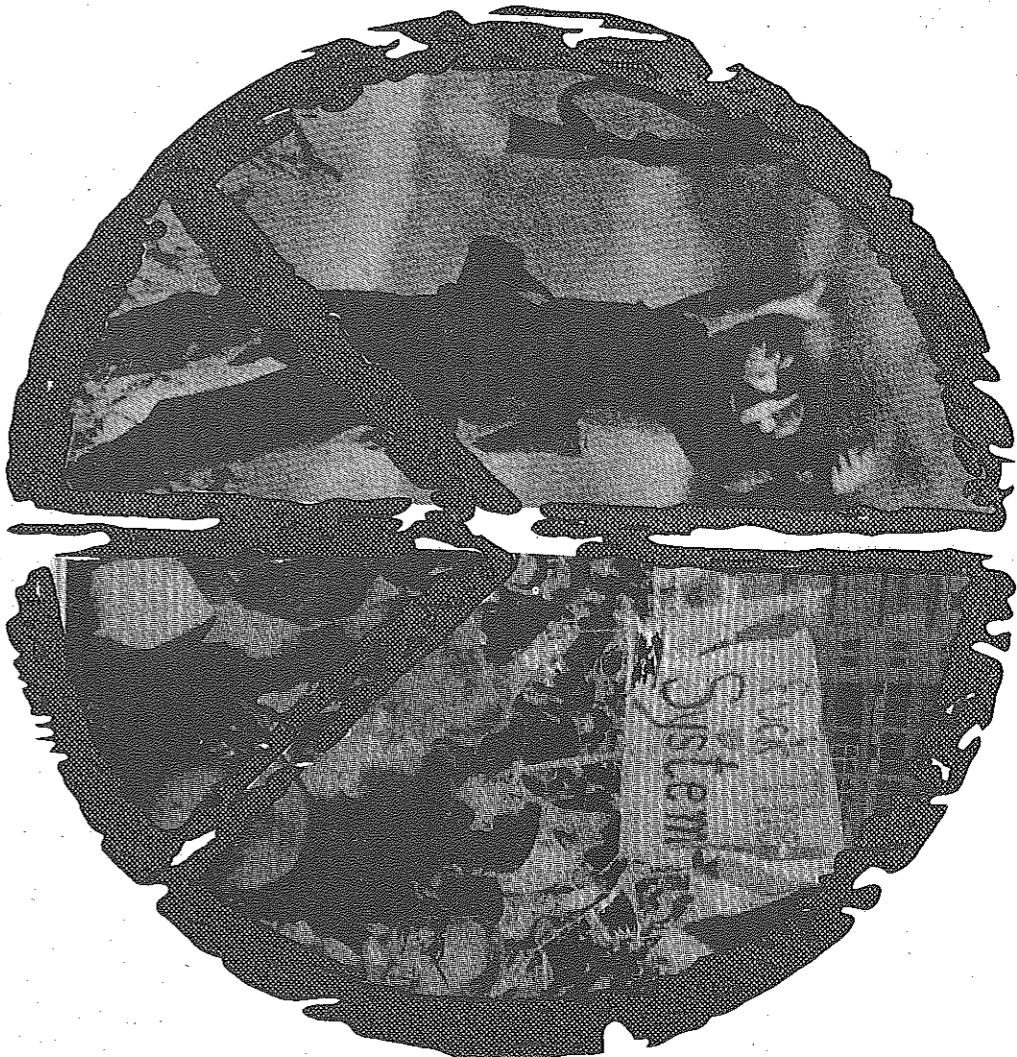
Die Länder Westeuropas und vor allem die BRD verfolgen in Bezug auf Osteuropa die Doppelpolitik von Stabilisierung und Ausbeutung. Sie wollen einerseits die Märkte erobern und billige Arbeitskräfte zur Verfügung haben. Insofern entspricht die schnelle Durchsetzung der Privatisierung und die gesetzliche Absicherung kapitalistischer Eigentumsformen, sowie die Aufspaltung von Staaten in „verwertbare“ Teile (höhere Produktivität, höhere Kaufkraft – Slowenien, Kroatien, Tschechien, vielleicht Ukraine und Weißrussland) und den heruntergekommener Hinterhof (Serbien, Slowakei, Rest der GUS) den Interessen des westeuropäischen Kapitals. Aber andererseits schafft die Aufspaltung und die brutale Einführung des Kapitalismus eine Instabilität, die auch für die imperialistischen Länder schwer zu kontrollieren ist. Daher haben sie eine Zeit lang hauptsächlich auf die politische und finanzielle Stabilisierung von Regimes gesetzt, die die volle Durchsetzung des Kapitalismus abtönen und verzögern und die Zentralstaaten zusammenhalten. Das war der Fall in Jugoslawien.

Doch die Wege in der EG trennen sich. Während die anderen starken EG-Länder auch nach Kriegebeginn in Jugoslawien den Zerrfall aufhalten wollen, setze das deutsche Kapital auf die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Durch die wirtschaftliche Vormachtstellung und die geographische Lage begünstigt, versucht die BRD, sich in den besser gestellten Teilen Jugoslawiens Märkte und Einfluß zu sichern. Tendenzial wird die BRD in einem großen Teil Osteuropas als die imperialistische Macht Nr. 1 auftreten. Die deutschen Konzerne treten in verstärkte Konkurrenz zu denen anderer Länder. Für das deutsche Kapital stellt sich daher die Aufgabe, die Bundeswehr einsatzfähig zu machen.



Bundeswehr – weltweit

Die Bundeswehr wird durch andere technische Ausstattung und Formierung von Einheiten, die als schnelle Eingreiftruppen verwendet werden



können, umstrukturiert. Pannen wie im Golfkrieg, als man gar keine Flugzeuge hatte, um Flugabwehr-Einheiten in die Türkei zu verlegen, sollen nicht wieder passieren. Die Fähigkeit zur „Gegenkonzentration“ und „Gegenoffensive“ soll verbessert werden.

Die Kohl-Regierung versucht, die SPD für eine Grundgesetzänderung zur Erweiterung des Bundeswehr-Einsatzgebietes zu gewinnen und die Parteiführung hat faktisch bereits die unter dem Druck der Basis verabschiedeten Beschlüsse zur Begrenzung auf „Blauhelm“-Einsätze über Bord geworfen. Gleichzeitig werden die organisatorischen Tatsachen geschaffen, die zur Umsetzung nötig sind. Die Marine wird vom Küstenvorfeld der BRD auf „breite maritime Präsenz“ und „Partizipation an internationalen Ordnungsaufgaben“ umorientiert (zitiert nach taz, 17. 1. 92).

Die Regierung benutzt jede Gelegenheit, sei es der Golfkrieg oder der Krieg in Jugoslawien, um die Ausdehnung des Bundeswehr-Einsatzgebietes in die öffentliche Diskussion zu bringen. Auch durch Minenräumer vor Bahrain und „humanitäre Aktionen“ von Bundeswehr-Soldaten in Kurdistan und in Iran sollen wir uns an den Anblick deutscher Uniformen in verschiedenen Umgebungen gewöhnen.

Ein größeres Problem als die organisatorische Umgestaltung ist der Mangel an Heldennut in der deutschen Bevölkerung. Der durch materielle Zugeständnisse erkaufte soziale Frieden und die Propaganda über die Überlegenheit des BRD-Systems und darüber, wie schon das Leben hier sei, haben eine eigene Dynamik der Wehrkraftverweigerung während des Golfkrieges gezeigt (die geringe Bereitschaft deutscher Jugendlicher, für's „Vaterland“ ein Risiko einzugehen).

Ein Schritt, um die Bundeswehr einsatzfähig zu machen, wird die Umgestaltung in Richtung Berufsarmee sein. Das wird nicht auf einmal kommen. Der Prozeß hat durch die Verkleinerung und die oben erwähnten Maßnahmen schon begonnen. Bis 1994 werden die Berufssoldaten mit 220.000 Mann 60% der Streitkräfte bilden.

Eine Berufsarmee bzw. Berufsinheiten würden die störende Normalität der heutigen Wehrpflichtigen ausschalten. Diese Privatmenschen würden von alleine draußen bleiben, auf Disziplinmaßnahmen gehen sie, die möglicherweise Unruhe zur Folge hätten, könnte verzichtet werden. Aus Berufssoldaten könnte durch gute Bezahlung, nationalisierende Propaganda oder Schaffung einer europäischen Polizeimentalität und durch Korpsgeist (Stichwort „Technologie-Elite“) eine

außerhalb der BRD einsatzfähige Truppe geschaffen werden, die im übrigen notfalls auch besser gegen den „inneren Feind“ einsetzbar wäre, wenn zum Beispiel reaktionäre Kräfte einen Putsch durchführen oder die Armee gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden soll. Hirngespinnste? 1984, während der Streikbewegung für die 35-Stundenwoche, zogen 1612 Mann vom Bundesgrenzschutz ins Manöver, um letzteres zu üben.

Aus allen diesen Gründen ist VORAN gegen die Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee. Wir kämpfen für volle demokratische und gewerkschaftliche Rechte für Soldaten, einschließlich Streikrecht und Recht auf Wahl und Abwahl der Offiziere. Wir fordern die freie Wahl zwischen Wehr und Zivildienst bei gleicher Dienstzeit sowie einen Sold von 1800 DM netto. Der Kampf für diese Forderungen und gegen den Militarismus muß zum Ziel haben, die Armee im Ernstfall unbrauchbar für die Politik der Herrschenden zu machen.



Kommende Bewegungen

Im Vergleich zum Anfang der 80er Jahre ist die Situation im Kampf gegen den Militarismus schwieriger geworden. Zwar nehmen die Schlächtereien in der ganzen Welt zu und der Einsatz deutscher Soldaten ist wahrscheinlich geworden, doch die Kriegsfähigkeit für deutsches Gebiet ist gesunken. Die Friedensbewegung der 80er Jahre basiert auf der Behauptung vieler Menschen, daß sie bedroht sind oder sich in der Zukunft eine Bedrohung entwickeln könne. Daher war es relativ einfach, eine Massenbewegung über mehrere Jahre auf die Straße zu bringen.

Im Golfkrieg gab es eine völlig andere Entwicklung. Unmittelbar vor dem Beginn der Bombenangriffe merken vor allem viele Jugendliche, daß das Undenkbare ein großer Krieg, möglich war. Dieser Schock löste eine Welle der Empörung aus und führte zu spontanen Massendemos. Viele wollten sich nicht mit den Rechtfertigungen der Regierungen abfinden und forderten zu neuen Angriffen. Diese Bewegung brach nach wenigen Tagen zusammen. Grüne waren die sofort einsetzende massiver Propaganda über die angebliche Unvermeidbarkeit dieses Krieges und die Erkenntnis, gegen einen realen, von

den Herrschenden gewollten Krieg im Nahen Osten durch Demos wenig ausrichten zu können. Die Führungen von SPD und Gewerkschaften setzten sich zunächst mit an die Spitze der Antikriegsbewegung und griffen die Stimmung in der Bevölkerung auf, verzichteten aber darauf, entschlossenen gegen den Krieg zu mobilisieren und ihre Macht zu nutzen. Letztlich akzeptierten auch sie die angebliche „Notwendigkeit des Krieges“ und trugen trotz aller schönen Worte die Politik der Herrschenden mit.

Der schnelle Zusammenbruch der demokratisierten irakischen Armee, die Raketenangriffe auf Israel und der angebliche Präzisionskrieg gegen militärische Ziele taten ein übriges, um die Demonstranten der ersten Tage in Inaktivität verfallen zu lassen. Die Friedensbewegung der 80er Jahre war ein Produkt der atomaren Bedrohung. Die real vorkommenden Massenmorde werden in der BRD andere Bewegungen auslösen. Militärische Operationen der Bundeswehr und anderer westlicher Länder werden zumindest am Anfang von den Regierungen gerechtfertigt werden können. Nicht ohne Schwierigkeiten, denn die Sehnsucht nach Frieden und eine kritische Haltung gegenüber dem Militär ist in der gesamten arbeitenden Bevölkerung der Bundesrepublik verwurzelt.

Doch wie im Golfkrieg muß man damit rechnen, daß spontane Bewegungen auf der Grundlage moralischer Empörung schnell zusammenbrechen. Tiefgehende, längerfristige Antikriegsbewegungen werden kleiner anfangen. Sie werden sich zunächst auf Teile der Jugend stützen, die den aggressiven Charakter des Imperialismus ansatzweise durchschauen oder werden bei den Betroffenen beginnen, bei Soldaten oder deren Familien. Deren Widerstand hat eine klarere Radikalität und wird die Grundlage bilden, auf der abhängig vom Verlauf der Kriege – neue Massenbewegungen entstehen.

Märksten unterstützen den Kampf gegen den Militarismus und für wirklichen Weltfrieden. Aber, wie schon Rosa Luxemburg sagte: „Wir Sozialdemokraten (im Sinne der alten, revolutionären Sozialdemokratie, Anmerkung d. Autors) sind keine Phantasten, deshalb geben wir uns nicht der Hoffnung hin, daß, solange der Kapitalismus auf Erden besteht, an eine Verwirklichung dieses vernünftigen Zustandes zu denken ist – nicht, solange wie eine Klasse die andere ausbeuten und knechten kann. Und gerade deshalb sind wir Sozialisten geworden, um Verhältnisse zu schaffen, in denen alle Menschen als Menschen leben.“

Claus Ludwicz, Bremen/Thyssen

Wohin treibt Frankreich?

Eine Abkehr von alten traditionellen Regierungsparteien – das ist die Bedeutung der Regionalwahlen in Frankreich vom 22. März. Bei einer Wahlenthaltung von 31,3% haben die bürgerlichen Parteien und die Sozialisten zusammen weniger als 40% aller Wahlberechtigten zur Stimmabgabe für sich bewegen können.

Für die Sozialistische Partei (PS) war es eine Katastrophe: Ihr Stimmenanteil stürzte von 30% auf 18% (Bei der Präsidentschaftswahl 1988 waren es sogar noch 36%), ein deutliches Urteil über ihre rechte Regierungspolitik. In vier Regionen fiel sie hinter die faschistische Front National (FN), z.B. erhielt die PS in der Region um Paris jämmerliche 14,5%, während die FN 16,5% der Stimmen verbuchen konnte.

Doch die Wähler wollen keine bürgerliche Politik: das konservative Wahlbündnis aus Gaullisten (RPR) und Rechtsliberalen (UDF) konnte der PS keine Stimmen wegnehmen, sondern sackte selbst von 40% (1986) auf 33% der Stimmen ab. Kein Wunder, da die „sozialistische“ Regierung selbst schon eine offene bürgerliche Politik durchführt.

Dieses Wahlergebnis macht den französischen Unternehmern keine Freude, sondern große Sorgen. In nur 3 von 22 Regionen bleibt eine absolute Mehrheit für die bürgerlichen Parteien, 1986 waren es noch 8 Regionen.

Die Wähler sind nicht nach Rechts gegangen, sie demonstrieren ihre tiefe Unzufriedenheit mit der Politik der bürgerlichen Politiker, ob Gaullisten oder „Sozialisten“. Die konservative Zeitung „Le Figaro“ fragte Ex-PS-Wähler, warum sie dieses Mal der Partei ihre Stimme entziehen: für nur 15% war die Ausländerfrage entscheidend, Umweltprobleme nannten 21%, Arbeitslosigkeit 24% und die Korruption

und Finanzskandale schreckten 41% ab.

Die Hoffnungen von 1981

Von der gewaltigen Begeisterung, die vor 11 Jahren beim Wahlsieg Mitterands herrschte, ist nichts mehr übrig. Im Mai 1981 wurde Mitterand mit fast 52% der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Einen Monat später steigerte sich die PS bei vorgezogenen Parlamentswahlen von 113 auf 285 Sitze (58% der Sitze).

Die Regierung versuchte zuerst, das radikale Wahlprogramm, dem sie den Sieg verdankte, umzusetzen: Verstaatlichungen, 35-Stunden-Woche, soziale Verbesserungen etc. Aber eine konservative Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ist auf Dauer nur möglich, wenn man bereit ist, mit der Marktwirtschaft zu brechen, die Arbeitern gegen die Sabotage von Unternehmen und Bürokratie zu mobilisieren.

Das kam für Mitterand & Co nicht in Frage. Also zogen sie sich zurück wie begossene Pudel und machten seit 1982/83 eine Politik im Interesse des Kapitals gegen ihre eigenen WählerInnen. Diese Politik demonstrierte die Parteibasis der PS, ermöglichte den Aufstieg von Le Pens faschistischen Partei und der Wahlsteg der Bürgerlichen bei den Parlamentswahlen von 1986. Eine gewaltige SchülerInnenbewegung und massive gewerkschaftliche



Polizei gegen Antifaschisten

Abtreibungsfall in Irland

Frauen wehren sich

Der Fall des 14-jährigen irischen Mädchens, dem nach der Vergewaltigung durch einen „Familienfreund“ die Ausreise nach England für eine Abtreibung gerichtlich verboten wurde, schlug nicht nur in Irland selbst, sondern auch in der internationalen Presse wie eine Bombe ein. Aufgrund der Empörung der Weltöffentlichkeit, aber hauptsächlich wegen des Drucks aus der eigenen Bevölkerung sah sich die konservative Regierung kurze Zeit später dazu gezwungen, das Urteil dahingehend revidieren zu lassen, daß das Mädchen doch ausreisen dürfte. Allerdings: nicht, daß die Politiker eingeschrien wollten, daß eine Abtreibung in diesem Fall sogar nach ihrem Maßstab berechtigt gewesen wäre. Nein, das Revisionsurteil wurde damit begründet, daß ein Ausreiseverbot mit der Gesetzesgrundlage der EG unvereinbar sei!

Der Fall ist absolut typisch für die Heuchelei und Feigheit aller bürgerlichen Parteien angesichts der Macht der

Kämpfe führten bald wieder zu einem Linksruck, der die PS 1988 zurück an die Regierung brachte. Aber die neue „sozialistische“ Regierung betrieb von Anfang an eine reaktionäre, arbeiternfeindliche Politik. Der Anteil der Löhne am Bruttosozialprodukt sank von 1982 bis 1990 von 68,7 auf 60,7%, der Anteil der Gewinne stieg von 25,8 auf 32,7%. Das veranlaßte die Kapitalisten aber nicht, zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Mitterand versprach 1991, die Arbeitslosigkeit von zwei auf eine Million zu senken: nach 11 Amtsjahren steigt sie in Richtung drei Millionen. Besonders Jugendliche haben kaum eine Perspektive.

1991 wuchs die Wirtschaft nur noch um 1,2%, im Winterhalbjahr 1991/92 fast gar nicht mehr. Das führte zu einem weiteren Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit in den letzten Monaten.

Niederengang der Sozialistischen Partei

Dies ist der Hintergrund für den politischen Niederengang der PS in den letzten Jahren. Vor einem Jahr versuchte Mitterand, durch eine neue Premierministerin (Edith Cresson) aus dem Stimmungsstief zu kommen. Da die Hoffnungen an der Parteibasis auf einen damit verbundenen Linksruck trogen, war nach einigen Monaten alles schlußimmer als vorher.

Die Affären, von denen die PS in den letzten Monaten erschüttert wird, sind nur äußere Symptome der Krise, in der die Partei steckt. Die Machtkämpfe zwischen führenden Funktionären, die Konflikte zwischen Zentrale und Partei sind die Folge der Sackgasse, in der die Partei nach fast einem Jahrzehnt Drecksarbeit für's Großkapital steckt. Bei den Regionalwahlen stellen örtliche Parteigliederungen aus Frust über die opportunistischen Manöver der Parteizentrale teilweise Konkurrenz-Listen auf.

Die Kommunistische Partei (PCF) konnte keine Alternative zu dieser Politik bieten. Jahrelang hat sie die Politik Mitterands als Koalitionspartner nach links gedeckt. Der weltweite Niedergang des Stalinismus hat vor ihr in den letzten Jahren auch nicht halbgemacht. Dennoch hat sie einen stabilen Wählerstamm und bekam bei den jetzigen Regionalwahlen 8% der Stimmen (1986: 10%).

Erfolge der Grünen

Im Gegensatz zur PCF sind die Grünen im Aufwind. Die beiden Grün-Parteien im Aufwind. Die beiden Grün-Parteien im Aufwind.

nen sogar abgeschlossen, damit die Schließungen nicht rauskommen! Aber mit diesem Fall ist der Damm gebrochen. Die Herrschenden Irlands haben die feudalistischen Sozialgesetze und das Diktat des Papstes aufrechterhalten, um ihre Macht abzusichern. Aber die Moralvorstellungen der Bevölkerung haben sich geändert. Mittlerweile sind laut repräsentativen Meinungsumfragen zwei Drittel der Bevölkerung dafür, daß Abtreibung unter bestimmten Umständen zugelassen wird. Es wird geschätzt, daß jährlich zwischen 5.000 und 10.000 irische Frauen und Mädchen nach England ausreisen, um dort eine Abtreibung vornehmen zu lassen.

Am 23.2.1992 demonstrierten 12.000 in Dublin unter dem Motto: „Kirche – Hände weg von unseren Körpern!“ Frauen und Mädchen in Irland sind nicht länger bereit, die Unterstützung durch Kirche und Staat hinzunehmen. Nach einem Bericht von einem Korrespondenten aus Irland

teien kamen zusammen auf 14% der Stimmen. Neben der Front National profitieren sie am meisten vom Niedergang der PS. Eine wirkliche Alternative stellen sie aber nicht dar. Die 1984 gegründeten „Verts“ verstehen sich als „weder rechts noch links“. Deshalb empfehlen ab Erst im letzten Jahr haben sie sich zu einer Wahlempfehlung gegen die Faschisten durchgerungen. Im Umweltsorgen ist ihr Programm relativ radikal, sie wollen es aber nicht auf Kosten der Konzerne, sondern der arbeitenden Bevölkerung durchsetzen. Auf diese Weise haben sie keine Chance, ihr Programm jemals umzusetzen.

Um den „Verts“ Stimmen abzunehmen, gründete Mitterands Umweltminister Lalonde 1990 die „Generation Ecologie“. Sie ist durch „Doppelmitgliederschaften mit der PS eng verbunden, war für den Colffreeg, ist für den Weiterbetrieb der bestehenden Atomkraftwerke und für die „menschliche“ Abschabung von illegalen Einwarderem (wahrscheinlich mit Blume an den Handschellen). Entgegen Mitterands und Lalondes Absichten nimmt sie jetzt auch der PS Stimmen weg.

Aufstieg der Front National

Bei den Regionalwahlen im März ist die faschistische Front National auf 13,9% der Stimmen gekommen. Zwar hatte die FN 20% erwartet und liegt jetzt hinter dem Ergebnis von 14,4%, daß FN-Führer Le Pen 1988 im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl erzielte, übertraf jedoch ihr Ergebnis von 11,8% bei der Europawahl 1989.

Da es keine linke Alternative zu Mitterands Politik gab (weder in noch außerhalb der PS), führte der Frust über die sich verschlechternde soziale Lage zu einem erneuten Aufstieg der FN. Bei einer Nachwahl in Nizza im Februar erreichte die FN im ersten Wahlgang 38%, im zweiten verfehlte sie den Sieg nur um 88 Stimmen. Allerdings war der Anstieg in absoluten Zahlen nicht so gewaltig. Die FN profitierte vor allem davon, daß frühere PS-Wähler massenhaft zuhause blieben.

Im 2. Wahlgang hatte die PS zur Unterstützung der UDF-Gegenkandidatin aufgerufen. Aber die RPR und UDF „bekämpfen“ die Faschisten, indem sie selbst rassistische Hetze betreiben und gelegentlich Bündnisse mit ihnen schließen. Ex-Präsident und UDF-Chef Giscard plädierte kürzlich dafür, die französische Staatsangehörigkeit in Zukunft auf „Blutsrecht“ und „Rassenzugehörigkeit“ zu gründen.

Referendum in Südafrika Ende der Apartheid?

Bei einem Referendum der weißen Bevölkerung Südafrikas über die Reformpolitik de Klerks wurde zu 68% mit „Ja“ abgestimmt. Wieder einmal wurde das Ende der Apartheid verkündet.

Doch die soziale Apartheid besteht weiter fort. 7 Mio Schwarze – mehr als die gesamte weiße Bevölkerung – leben in Wellblechhütten ohne Strom und fließendes Wasser. Die soziale Not erzeugt Kriminalität und hinzu kommt die vom Staat finanzierte und bewaffnete, vom Geheimdienst ausgebildete Schwarze Terrororganisation Inkatha. Gewerkschafts- und ANCA-Aktivisten sind ihre besonders bevorzugten Ziele, aber ihr Terror richtet sich auch gegen ganze ANCFreundliche Stadtteile und Townships.

Das Referendum und de Klerks „Reform“ Politik sind nicht darauf angelegt, daran etwas zu ändern. Weil es für den Staat auf Dauer eine materielle Unmöglichkeit darstellt, die seit den 80er Jahren immer selbstbewußtere schwarze Arbeiterbewegung zu unterdrücken, muß das Regime versuchen, Schwarze

Jacques Chirac, Bürgermeister von Paris und Führer der RPR, fragte: „Was erwarten Sie von einem französischen Arbeiter, der zusammen mit seiner Frau arbeitet, 15.000 Francs verdient und direkt neben einer Sozialwohnung wohnt, wo der Vater mit drei oder vier Frauen und um die 20 Kindern 50.000 Francs französische Sozialhilfe bekommt, natürlich ohne zu arbeiten? Nehmen Sie den Lärm und den Geruch dazu und da haben Sie es. Sie können die Gefühle des französischen Arbeiters verstehen.“

Auch die Cresson-Regierung versucht, den Faschisten den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie gegen angebliche Asylbetrüger hetzt und sie mit Charterflügen abschicken will. Ebenso wie in Deutschland gibt man mit einer solchen Politik den Faschisten nur Auftrieb.

Aber es regt sich auch Widerstand. Anfang Januar demonstrieren Zehntausende gegen Rassismus, die Einwanderungspolitik der Regierung und den „sozialistischen“ Innenminister PS-Spitzenpolitiker, die versuchen, auf der Demo Stimmenerfolg zu betreiben, wurden mit ausgesprochenem Haß empfangen und verzoogen sich bald. In den letzten Wochen waren die Wahlveranstaltungen der FN regelnd gegen antirassistischen Gegenkundgebungen begleitet. Das ist ein ermutigendes Zeichen. Aber gegen Le Pen zu sein, genügt nicht. Nur eine sozialistische Alternative zur pro-kapitalistischen Politik Mitterands kann den Faschisten den Wind aus den Segeln nehmen.

Im letzten Herbst hat es eine große Streikwelle, vor allem im öffentlichen Dienst, gegeben. Über kurz oder lang wird es noch größere gewerkschaftliche Kämpfe geben. Auch wenn die PS in Frankreich keine so große Verankerung hat wie die SPD in Deutschland, wird es trotzdem Ansätze für Opposition in der PS geben. Schon heute würden Rückkehr zur Reformpolitik vor Reformen im Kapitalismus noch ein geringes. Nach kurzer Zeit stünde eine sozialistische Regierung vor der Alternative sich dem Kapital zu unterwerfen oder eine vollständige sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft in Angriff zu nehmen. Dazu ist aber keiner der Kapitalistenpolitiker bereit, die heute in der PS das sagen haben.

Wolfram Klein, Stuttgart
Jungsozialist

Die weißen Arbeiter, die immer stärker von der Wirtschaftskrise mitbetroffen sind, werden immer mehr befruchten, daß ihr Lebensstandard zugunsten der Schwarzen gesenkt wird. Und eine Lösung der Probleme wird nur möglich sein, wenn die Ressourcen und das Kapital Südafrikas geplant dafür verwendet wird. Das bedeutet die Enteignung der weißen Kapitalistenklasse.

Um genau das zu verhindern, hat de Klerk die Reformpolitik begonnen, um einen gewissen Aufschub erreicht, aber eben auch nur einen Aufschub.

In der nächsten Ausgabe von VORAN: Eine ausführliche Analyse der Lage in Südafrika und der weiteren Perspektiven.

Berichte von Aktivisten der Marxistischen Arbeitertendenz des ANC

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Frauen-Nachtarbeitsverbot

(VORAN Nr. 139)
In dem Artikel zur Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen in der letzten Ausgabe fehlte noch ein Aspekt in Bezug auf Ostdeutschland.

In der DDR war die Nachtarbeit für Frauen nicht generell verboten, wie hier im Westen bis vor kurzem. Traditionell wird das Nachtarbeitsverbot für Frauen von den Gewerkschaften und der SPD als eine fortschrittliche Regelung betrachtet, die die Gesundheit der Frauen besonders schützt.

Von vielen ostdeutschen Frauen wird das aber anders gesehen. 160.000 von ihnen arbeiten nachts und angesichts der Massenarbeitslosigkeit bzw. der Verschlechterungen der Dienstleistungen, wie im Kindergartenbereich können viele nicht verstehen, warum die Arbeiterbewegung im Westen daran festhält. Für viele Frauen im Osten ist es nun mal die einzige Verdienstmöglichkeit und außerdem können sie tagüber ihre Kinder selbst versorgen.

Viele Paare arbeiten in Gegenschicht des Verdienstes willen - wo bleibt da das Familienleben? Aber anders als bei Männern, die in Nachtschicht arbeiten, holen die Frauen den Schlaf tagüber nicht nach, sondern schlafen im Schnitt nur vier Stunden. So ruinieren sie ihre Gesundheit zweifach.

Solange Arbeitsplätze Mangelware sind und Frauen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden, kann diese Frage ost- und westdeutsche Frauen spalten. Nur wenn die vorhandene Arbeit auf alle Männer und Frauen aufgeteilt

wird, wenn die Löhne im Osten mit den westlichen gleichgesetzt werden und wenn der gleiche Lohn für gleichwertige Arbeit bezahlt wird, unabhängig vom Geschlecht der Beschäftigten, können diese Widersprüche überwunden und Männer und Frauen im Osten und Westen im Kampf gegen ihren gemeinsamen Ausbeuter vereint werden.

Fiz Garrie, Köln
SPD-Mitglied

Algerien

(VORAN Nr. 139)
Der Artikel zu Algerien in der März-Ausgabe machte zu wenig deutlich, wie wir Marxisten zu den Ereignissen stehen. Zwar wurde erklärt, daß weder die Islamische Heilfront (FIS) noch die alten Machthaber der FLN Algerien aus seiner Krise herausbringen können, doch alles arg distanziert.

Im Januar hatte ein Militärputsch stattgefunden. Mit brutaler Gewalt versucht die herrschende Schicht, ihre Macht und Privilegien zu sichern. Zahnnausende sind in den Internierungslagern eingesperrt worden. Auf die Rebellion der verzweifelten algerischen Jugend wurde wie schon 1988 mit Massakern geantwortet, es gab mehrere hundert Tote bei den Demonstrationen.

Marxisten müssen eindeutig klar machen, daß sie den Putsch und die Repression auch gegen die FIS ablehnen. Die Unterdrückung wird soziale Ent-

wicklungen verzögern, aber nicht umgehen machen.

Im Endeffekt sind zwar die Drahtzieher der FIS „ein paar Scheichs“, wie Mirjam schreibt, aber mit solchen Formulierungen wird die Funktion der Islamisten als einzige radikale Alternative verschleiert. Ihr Programm ist stockreaktionär und wird die algerische Gesellschaft weiter zurückschleifen. Doch die Wur über das korrupte „sozialistische“ Regime der FLN und die Abwesenheit wirklicher sozialistischer Kräfte werden die algerische Jugend weiter zur FIS treiben. Der Zynismus des Putsches und die offensichtlichen Lügen zu seiner Begründung (angebliche Gefährdung eines Putschs der Islamisten) werden diesen Prozeß verstärken.

Die Menschen, die auf den Demos gegen die Islamisten waren, sind zum Teil Nutznießer des alten Regimes und zum Teil die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse, die verstanden haben, welche Gefahr der Fundamentalismus darstellt. Aus letzteren können sich die ersten wirklichen sozialistischen Kräfte entwickeln. Doch um die algerische Gesellschaft radikal zu verändern, müssen die Menschen gewonnen werden, deren enorme Wut sich heute in Straßenprotesten und Unterstützung für den Fundamentalismus Bahn bricht.

Daher müssen die Maßnahmen der Herrschenden von uns schonungslos kritisiert werden. Dem Versuch der herrschenden Clique, die jetzige Misere den Islamisten anzulasten, muß entgegengetreten werden.
Claud Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist

ihr da oben

Ein Herz für Nazis

Zwei Karlsruher hatten einen Stühlschub am 18. Januar seine mit einem Nazi-Aufnäher versehene Jacke abgenommen. Die Karlsruher Staatsanwaltschaft wertete den Vorfall vom 18. Januar als „schwere räuberische Erpressung“, wofür eine Mindeststrafe von fünf Jahren(!) vorgesehen ist. Einer der Beschuldigten sitzt seit fast zwei Monaten in Untersuchungshaft und am 26. Februar wurde auch der zweite wegen der „Schwere der zu erwartenden Strafe“, wie es von Seiten der Staatsanwaltschaft hieß, in Haft genommen.

Acapulco auf Krankenschein

Nach Informationen des Bundesverbandes der Steuerzahler wollen Spitzenfunktionäre des Bundesverbandes der Allgemeinen Krankenkassen an einem einwöchigen Kongress im mexikanischen Badeort Acapulco teilnehmen.



..... wir hier unten



tionalen Vereinigung für Soziale Stabilität“ im November veranstaltet. Zumindest in Bezug auf die sozialen Bedürfnisse der teilnehmenden Funktionäre wird diese Tagung sicher ein Erfolg werden.

Positives Denken

Japanische Baunehmen zerstörten den Regenwald von Sarawak, Mitgliedstaat der Inselöderation Malaysia, um billiges Holz zu bekommen. Als dem Präsidenten von Sarawak gesagt wurde, daß dies zu einem gefährlichen Rückgang der Regenmenge führen könnte, antwortete er: „Gut, wir haben zuviel Regen, er stört mich beim Goldspielen.“

Polizei im Sonderangebot

Als Gegenleistung für die kostenlose Überprüfung von Fremdfirmen-Mitarbeitern und eigenen Beschäftigten mit dem Computersystem „Polis“ erhielt die Ludwigschafener Polizei jahrelang Büromaterial und andere Bedarfs Güter von der BASF.

Mindestens zwei Polizeireviere hat der Chemiekonzern jahrelang „mit altem Notwendigen“ versorgt, wie ein Gewerkschafter aus dem BASF-Stammwerk sagte. Der Pressespre-

cher der Ludwigschafener Polizei erhielt umgehend ein vom Innenministerium angeordnetes Auskunftsverbot.

Auch soll die BASF außer den Büroumkleidungen der beiden Reviere der Polizei rund zwanzig Jahre lang niederfrei firmeneigene Räume überlassen und dafür Strom, Heizung und Wasser finanziert haben.

Landesfürstlich

Die Restaurierung von zwei Barackenoberflächen im Büro des sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf im Jahr 1991 kostete über 54.000 DM. Die sächsische Staatskanzlei antwortete auf die Anfrage einer Landtagsabgeordneten vom Bündnis 90/Grtue, daß zur „amtsgemessenen Ausstattung“ des Büros eine Kaminode und ein Dielenschrank aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts restauriert und als „Repräsentationsverpflichtungen“ verbucht wurden.

Jetzt schnell bestellen!

Bestellungen bitte gegen Vorkasse zusätzlich 2,- DM Porto und Verpackung an die Redaktion (kann in Briefmarken beigelegt werden).

Lenins Kampf gegen den Stalinismus

Letzte Briefe und Aufzeichnungen Lenins. Die Einleitung von Alan Woods zeigt, wie die Wurzeln der Stalinisierung für Lenin erkennbar wurden und wie er dagegen zu kämpfen begann. Format A5, 40 Seiten, 3,- DM.

Stalinismus - Zusammenbruch und Perspektiven

Osteuropa befindet sich im Umbruch. Die Broschüre enthält Thesen aus marxistischer Sicht zu den Ursachen sowie der weiteren Entwicklung. Format A5, 36 Seiten, 3,- DM.

Marxistische Hefte Nr. 2 Bedruckte T-Shirts

Themen: Jugoslawien, PDS (PCD) in Italien, KP Australien, Sowjetunion, Trozki-Rede zu Volkstfront Frankreich 1936. Format A4, 28 Seiten, 3,50 DM

Kampffonds

Wes Brot ich eß, des Lied ich sing!

Alle Jahre wieder werden die Reichenschaftsberichte der Parteien veröffentlicht. Vor kurzem kam der für 1990 heraus. Und da sieht man die Beibehaltung dafür, daß CDU, CSU, FDP aber auch die SPD den Unternehmern nicht weh tun.

Die CDU erhielt 86 Groß-Spenden, z.B. 787.000 DM von der Chemischen Industrie (daher also Topfers Umweltpolitik), 766.000 von der Deutschen Bank und 644.000 von Daimler Benz. Bei CSU und FDP sieht das ähnlich aus - die Unternehmer lassen sich ihre Parteien einiges kosten. Doch auch die SPD soll wissen, daß die Herren Unternehmer bei ihr was gut haben: Dainler gab fast 500.000 DM, 180.000 DM kamen von der Deutschen Bank und die Germania Fluggesellschaft gab 130.000 DM.

SPD und CDU geben pro Jahr je ca. 340 Millionen DM aus, und fast die Hälfte kommt aus der Staatskasse, hauptsächlich durch Wahlkampfkostenentlastung.

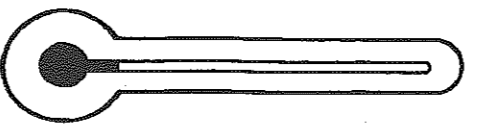
VORAN dagegen bekommt keine Groß-Spenden von Unternehmen oder Millionären, wir brauchen jede einzelne Mark von Lesern und Unterstützern, um die laufenden Kosten der Redaktion zu finanzieren.
So spendete Wolfram, Student aus Stuttgart 500 DM. VORAN-Unterstützer aus Frankfurt spendeten 1000 DM. Matthias Bütschgens, Angestellter aus Aachen spendete 20 DM. Über den Verkauf von Buttons und Broschüren konnten Unterstützer in Aachen weitere 311 DM zugunsten des Kampffonds

Spendenkonto:
VORAN, Postgtraamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Aktuell zur Tarifrunde 1992:

VORAN-Infodienst

Argumente, Hintergründe, Fakten, Daten, Artikel-Zusammenstellung
Preis: 1,50 DM



7.498,-

17.500,-

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____
Anschrift _____
Telefon _____
Bitte entsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/1345 04

Ich möchte VORAN abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf) ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM) NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon _____
Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (siehe oben). Abo's werden nicht automatisch verlängert.

Wertekrise in Mecklenburg-Vorpommern

Stoppt die Treuhand- CDU-FDP Mafia!



Seit Monaten forderten Arbeiter und Gewerkschaften der Werften in Mecklenburg-Vorpommern, daß man sich für ihre Probleme einsetzt. Aber diese Regierung hat es anscheinend nicht nötig, sich um die Probleme von 14.000 Werftarbeitern zu kümmern. Warum auch, wenn man dicke Diäten kassiert und die großen Autos fährt, sieht man die Probleme auf der Straße nicht mehr.

So mußten die Arbeiter ihre Interessen mal wieder selber in die Hand nehmen und besetzten ihre Betriebe. Den Anfang machte die Meerestechnik-Werft in Wismar am 26. Februar, dem schlossen sich die Rostocker Schiffs- und Motorenbauer in den Tagen darauf an, so daß insgesamt fast 10.000 Arbeiter ihre Betriebe besetzten. Die Produktion in diesen Betrieben lief aber weiter, weil die Arbeiter Angst davor hatten, ihre Aufträge zu verlieren, denn es ist ja nicht so, daß sie keine Arbeit haben, die Auftragslage ist noch gut.

Die Belegschaften der Betriebe fordern, daß die Treuhand und das Land die Werften nicht wie geplant einzeln verkaufen, sondern an die Bremer Vulkan AG in einem Werteverbund. Das Land soll sich an diesem Verbund mit

4,9 % beteiligen. SPD und IG Metall unterstützen diese Forderung.

Dagegen wurde vor allem von Seiten der FDP eine Einzelprivatisierung der ostdeutschen Werften gefordert, um die staatlichen Zuschüsse über die Treuhand klein zu halten und auch ausländische Investoren einzubeziehen.

Mit der Solidarität und der Geschlossenheit der Arbeiter hat die Regierung nicht gerechnet. Dieser Druck führte zu einer tiefen Regierungskrise. In der CDU-Fraktion kam es zu starken Diskussionen gegen die Politik des Kabinetts von Ministerpräsident Gomolka und Wirtschaftsminister Lehment, auch die Koalition zwischen CDU und FDP drohte zu zerbrechen. Das hin und her in der Regierung und der parteipolitische Streit brachte aber den Arbeit-

ern wenig ein. Sie verloren Zeit und die Entscheidung war immer noch nicht gefallen. Sie forderten ein Ende der Diskussionen, sie wollten Entscheidungen sehen, Beschlüsse für den großen Verbund.

SPD-Fraktionschef Ringsdorf forderte den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen. Es blieb wieder mal nur bei den Forderungen, die SPD zog den Schwanz ein, als es Ernst wurde. Es mußte jetzt ihre Aufgabe sein, die Urfähigkeit dieser Regierung offen anzuprangern und für Neuwahlen mobil zu machen. Es bleibt aber bei Solidaritätsbekundungen für die Arbeiter, die SPD vermeidet es mal wieder, Verantwortung zu übernehmen und diese Regierung wegzufegen, was auch große Auswirkungen auf Bonn haben würde. Die SPD zieht sich auf Kosten der Arbeiter zurück, gibt kurze Erklärungen ab und wartet, wie es sich entwickelt. Sie hat Angst davor, einen Stein ins Rollen zu bringen, der auch sie überrollt.

So war die Regierungskoalition in der Lage, sich auf einen Kompromiß zu einigen, denn die Treuhand zustimmt.

Das Zauberverb heißt „kleine Verbundlösung“ und bedeutet, daß die Meerestechnik-Werft Wismar und das Dieselmotorenwerk Rostock an die Bremer Vulkan AG und die Neptun-Warner-Werft an den norwegischen Konzern Kvaerner verkauft werden.

Nach Gewerkschaftsangaben werden in den drei betroffenen Werften 3.000 von noch 10.000 Arbeitsplätzen sofort gestrichen. Die Neptun-Reparaturwert (1.700 Arbeitsplätze) droht ganz stillgelegt zu werden. Von den noch 1989 55.000 Werftarbeitsplätzen wird höchstens ein Fünftel übrigbleiben.

Der Bremer Vulkan wird jetzt im kleinen praktizieren, was auch bei einer „großen Verbundlösung“ gelaufen wäre: Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau. So soll die Motorenfertigung von Bremen-Vegesack nach Rostock verlegt und die Lübecker Flender-Werft geschlossen werden, um die Billiglohnarbeit im Osten zu nutzen - natürlich statlich subventioniert. Arbeiter in Ost und West werden so gegeneinander ausgespielt.

Der Bremer Vulkan hat Erfahrung mit dertartigen Rogkuren. Seit Beginn der 80er-Jahre hat er die rund 20.000 Arbeitsplätze auf ein Drittel abgebaut.

Mecklenburg-Vorpommern droht endgültig zum Armenhaus Deutschlands zu werden. In den letzten zwei Jahren wurden in der Landwirtschaft, dem ehemals größten Arbeitgeber im Land, von 190.000 Arbeitsplätzen 150.000 abgebaut. Die wenigen Industrie-standorte, die diese Region noch hat, werden systematisch plattegemacht. Im Fischfang wurden 3000 Arbeiter entlassen und die Produktion weit runtergeschraubt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 18,4 %, was die Kurzarbeiter, ABM-Stellen, Vorrheinständler und Umschüler nicht einbezieht.

Es war ein Fehler der IG Metall- und SPD-Führung, den Kampf für den Gesamtverkauf an den Bremer Vulkan mit dem Argument zu führen, daß so automatisch die meisten Arbeitsplätze erhalten blieben. Der Vorsitzende des Bonner Treuhand-Unterausschusses, Kriedner (CDU), erklärte, keines der alternativen Lösungsmodelle hätte unter dem Strich mehr Arbeitsplätze bedeuten. Der Druck zu rationalisieren ist in je-

dem Fall da, weil die internationale Konkurrenz, vor allem aus Südkorea und Japan, Handelschiffe billiger produzieren kann.

Bei der Frage der Wahl zwischen Einzelprivatisierung und Gesamtverkauf an den Vulkan geht es für die Arbeiter nicht darum, ob der eine oder andere Unternehmer Wohlhaben zu verteilen hat, sondern was die beste Grundlage für den weiteren Kampf der Arbeiter ist. Die Zusammenfassung der Werften in einem Verbund unter dem Bremer Vulkan wäre die bessere Voraussetzung für den weiteren gemeinsamen Kampf der Arbeiter in Ost und West gewesen.

Die Forderung nach einem großen Verbund hätte jedoch mit dem Kampf gegen jede Privatisierung verbunden werden müssen. Also nicht: Privatisierung der ostdeutschen Werften, sondern Verstaatlichung des Bremer Vulkan unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

Ein solcher statlicher Werteverbund mußte von gewählten Vertretern der Gewerkschaften und Belegschaften sowie Staatsvertretern geleitet werden (zu je einem Drittel), die rechenschaftspflichtig und abwählbar sein mußten. Die Vertreter dürften nur einen durchschnittlichen Arbeiterlohn verdienen. Dies wäre die beste Grundlage, um durch eine Planung der Produktion und Verteilung der vorhandenen Arbeit für den Erhalt aller Arbeitsplätze zu sorgen.

Auch die Werften im Westteil Deutschlands stehen in der Krise, wo für nicht die Arbeiter im Osten zuständig sind. Die Unternehmer und ihr System sind an der Krise schuld, ihre Profitsucht widerspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft. Es ist einfacher, verrottete Schiffe fahren zu lassen und Werften zu schließen, als die Schiffe zu modernisieren und damit sicherer und umweltfreundlicher zu machen und es ist auch einfacher, als die Werften zu säubern.

Die Gewerkschaften sollten eine Werftarbeiterkonferenz einberufen. Dort muß ein Erfahrungsaustausch der Belegschaften über alternative und zukunftsorientierte Produktionsformen in den Werften stattfinden. Nur durch gemeinsamen Kampf von Ost- und Westarbeitern ist es möglich, die Krise in der Werftindustrie aufzuhalten.

Nach dem Kompromiß mit der „kleinen Verbundlösung“ dachten sich Treuhand und die Landesregierung, die Koalition sei gerettet, man könne wieder zum Alltag übergehen. Aber sie hatten die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht. 8.000 Arbeiter führen in Sonderung nach Schwerin und aus allen Teilen des Landes gibt es Proteste gegen dieses faule El. Während und erschrocken über so viel Arroganz fordern sie den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen.

Weder einmal hat die Treuhand gezeigt, wessen Interessen sie vertritt. Sie muß endlich unter demokratische Kontrolle von Gewerkschaften und Beschäftigten gestellt werden. Wie soll der Kampf nun weitergehen? Auch durch Unterschriftenaktionen und Mahnwachen ist diese Treuhand und diese Regierung nicht zu stützen. Gomolka hat seinen Hut genommen, aber mit seinem Nachfolger Seite hat sich nichts geändert.

Es muß zu einem Schulterstöß der SPD mit den Gewerkschaften und Arbeitern kommen, nur zusammen können sie die Notwendigkeit der Abwahl dieser Regierung zeigen und durchsetzen. Nur so kann auch die Treuhand dazu gezwungen werden, ihre Entscheidung zurückzuziehen.

Nils Tuschke, Rostock



Wütend und erschrocken über soviel Arroganz fordern die Werftarbeiter den Rücktritt der Regierung

Kassel

Privatisierung der Städtischen Kliniken

Ein Gespenst geht um in Kassel - das Gespenst der Privatisierung. Nachdem in den vergangenen Jahren einige kommunale Einrichtungen zu GmbHs gemacht wurden (Stadthallen GmbH, Fernwärme GmbH), scheint jetzt eine Welle von Privatisierungen loszugehen. Das erste Objekt, um das es geht, sind die Städtischen Kliniken.

Offiziell wird der Begriff „Privatisierung“ nicht gebraucht, man spricht von „Rechtsformänderung“ und „Umwandlung in eine GmbH“. Der SPD-Magistrat versichert, daß das Krankenhaus zu hundert Prozent in städtischem Besitz bleiben soll, andererseits wird die Möglichkeit eingeräumt, einzelne Bereiche auszugliedern und an Privatfirmen zu übergeben (Küche, Apotheke, Reinigung). Die „Notwendigkeit“ der Rechtsformänderung wird von Magistrat und Krankenhausleitung damit begründet, daß eine GmbH sich frei auf dem Kreditmarkt bedienen könne, und daß sie sich effektiver verwalten ließe. Laut Stadtkämmern Dr. Barthel hat die Konkurrenz unter den hessischen Krankenhäusern zugenommen, jetzt sollen die nötigen Investitionen durch Kredite abgedeckt werden, um im Rennen zu bleiben.

Es ist keine Frage, daß erheblicher Bedarf an Modernisierung besteht. Das Land Heessen ist verantwortlich für die Finanzierung der Krankenhausinvestitionen. Da das jährliche Gesamtkontingent seit 1981 bei 170 Mio. DM stehen geblieben ist, hat sich mittlerweile ein Antragsstau von ca. 1,3 Mrd. DM für alle hessischen Krankenhäuser angesammelt.

Solange von Seiten des Landes Heessen keine hinreichende Finanzierung gewährleistet wird, ist also Verschuldung unumgänglich, um wenigstens einen minimalen medizinischen Standard zu halten.

Für die Kommunen gibt es aber Obergrenzen der Verschuldung, die nicht überschritten werden dürfen. Wenn das der Fall wäre, müßte das Regeierungspräsidium die Amtsgeschäfte übernehmen und mit einem draßti-

sehen Sparkurs die Schulden wieder abtragen.

Bei dieser Betrachtung könnte man die Privatisierung der Städtischen Kliniken für einen „genialen“ Schritt halten, denn eine GmbH fällt nicht unter den städtischen Haushalt. Die so aufgenommenen Kredite belasten also nicht die Verschuldung der Kommune. Aber der Pferdefuß folgt sogleich. Das geht nämlich nur so lange gut, wie die GmbH schwarze Zahlen schreibt. Sind die Bilanzen negativ, muß die Stadt Kassel das Defizit decken.

Der Magistrat schiebt das grundlegende Problem, daß nicht genug Geld da ist, nur vorübergehend auf. Trotzdem scheinen die Magistratsmitglieder von dieser Idee so begeistert zu sein, daß inzwischen auch über die Privatisierung der Stadtreiniger (Müllabfuhr) und der städtischen Altenheime diskutiert wird.

Mit der Zusicherung, daß es für das Personal keine Verschlechterungen geben werde, haben die Umwandlungsbefürworter auch die ÖTV und den Betriebsrat auf ihre Seite ziehen können. Einziger strittiger Punkt ist die Zusam-

mensetzung des Aufsichtsrates. Der Betriebsrat plädiert für ein Verhältnis von 50:50 zwischen Vertretern der Stadtverordnetenversammlung und Vertretern der Arbeitnehmer. Trotzdem hat die SPD-Fraktion in ihrem mittlerweile gefällten Privatisierungs-Beschluß eine 2/3 zu 1/3-Aufteilung festgeschrieben. Soll man sich da noch auf die Zusicherung verlassen, daß die Privatisierung nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen würde?

Der Jusso-Unterbezirk Kassel kämpft in der Partei gegen die Privatisierung der Städtischen Kliniken und lehnt auch weitere Privatisierungen (z.B. von Bahn und Telekom auf Bundesebene) ab. Dabei lassen wir uns nicht mit dem Standard-Argument abspeisen: „Die Partei kann doch jetzt nicht der Fraktion in den Rücken fallen, wie stehen wir dann da!“

Unsere Antwort ist: „Die Partei kann doch nicht den Krankenhaus-Beschäftigten in den Rücken fallen, wie stehen wir dann erst da!“

Björn Marsen, Kassel
Jungsozialist

VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 140 - April 1992

1 - DM - Solidaritätspreis: 2 - F

| | |
|-----------------------------------|----------------|
| Inhalt | |
| Krieg und Frieden | Seiten 6 und 7 |
| Frankreich | Seite 8 |
| Werfenkrise | Seite 9 |
| Krankenhaus-Privatisierung | Seite 10 |

Stoppt den Lohnraub

Die Provokation der öffentlichen Arbeitgeber, nur 3,5% Lohn- und Gehaltserhöhung zu bieten, hat die Tarifverhandlungen zum Scheitern gebracht. Die jetzt laufende Schlichtung wird angesichts der Schärfe des Angriffs der öffentlichen Arbeitgeber und der Kampfbereitschaft der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zu keinem akzeptablen Ergebnis führen.

Innenminister Seiters (CDU), Verhandlungsführer für den Bund, bezeichnete die 3,5% als „gerade noch verwahrlohtbar“. Heide Simonis (SPD), Verhandlungsführerin für die Länder, setzte noch einen drauf und meinte, daß das Angebot eigentlich schon zu weit ginge. Umgekehrt ist es richtig: Bei einer für 1992 erwarteten Inflationsrate von 5% geht es zu weit, weniger als 5% Lohnserhöhung zu bieten!

„Die Gewerkschaften bedrohen uns mit dem Staatsbankrott“. Mit dieser Kampfansage gehen CDU und FDP in die Offensive gegen die Arbeitnehmer

- leider mit Unterstützung von SPD-Politikern. So rief Hans Apel (SPD), Ex-Bundesfinanzminister, der Bundesregierung zu änderster Härte in der Tarifrunde.

Die ÖTV ist im Augenblick die Hauptzielbeschieße, um die Kosten für das durch die Einführung der Marktwirtschaft im Osten verursachte Desaster auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.

Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sollen den Vorreiter für tariflich vereinbarte Reallohnverluste in allen Bereichen machen. Die Unternehmer wollen ihre durch den Konjunkturver-

bruch bedrohten Profite auf unsere Kosten sichern.

Jede Tarifrunde ist ein Verteilungskampf zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern. Im Öffentlichen Dienst wird dies dadurch verschleiert, daß der Staat der Arbeitgeber ist. Und es ist eine politische Frage, von wem sich der Staat das Geld holt - von den Unternehmern oder von uns. Die Kohl-Regierung setzt die Umverteilung zu Gunsten der Reichen fort. Sie werden mit Steuerentlastungen belohnt, während wir weiter draufzahlen und Reallohnsenkungen hinnehmen sollen.

Die SPD-Führung gibt Schützenhilfe für diese Politik. Sie verzichtet darauf, ihre starke Stellung mit der Regierungsmacht in 11 von 16 Bundesländern und 90% aller großen Städte im Westen zu Gunsten der Arbeitnehmer auszunutzen und gemeinsam mit der ÖTV gegen Bonn zu mobilisieren. Statt-

dessen hat sie sich offenbar entschlossen, in die Offensive gegen die Gewerkschaften zu gehen. Haben die SPD-Führer vergessen, daß die Arbeitnehmer von ihrer Partei eine konsequente Vertretung ihrer Interessen verlangen?

Gewerkschafter in der SPD sollen zusammen mit der SPD-Basis gegen diese Haltung der SPD-Führung kämpfen und versuchen, einen Kurswechsel herbeizuführen.

Die nächsten Wochen müssen von der ÖTV-Führung genutzt werden, um die Beschäftigten auf den Kampf vorzubereiten. Es geht nicht nur darum, einen Reallohnverlust zu vermeiden, sondern auch darum, den Anschluss an den Privatsektor zu finden.

VORAN fordert eine konsequente Arbeitnehmerpolitik SPD und Gewerkschaften:

- ★ kein Abstrich an den Lohnforderungen! So ist die ÖTV-Forderung 9,5% mehr Lohn + 550 DM Urlaub bereits ein Kompromiß; viele Kollegen wollen mehr. Wichtig für zukünftige Tarifrunden ist die Forderung nach nem Sockelbetrag, um die ungleichen Lohn- und Gehaltsstufen stärker zurückzuschütten. So forderte der ÖTV zirk Hamburg für die jetzige Tarif 500 DM Festgeld und durchschnittlich 15% mehr Lohn für alle.
- ★ Vollmobilisierung statt Stellvertreterkämpfe zur Durchsetzung der Forderungen.
- ★ Volle Unterstützung der SPD-regierten Länder und Kommunen für die schäftigsten im öffentlichen Dienst.
- ★ Streikrecht für Beamte; ein einheitliches Dienstrecht im Öffentlichen Dienst mit Arbeitsplatzgarantie für *
- ★ Übernahme aller Auszubildenden in ihre erlernende Berufe.
- ★ Kein Stellenabbau im Öffentlichen Dienst; Einstellung aller Lehrer, Beamten und ausgebildeten Pflegekräfte her und ausgebildeten Pflegekräfte her und ausgebildeten Pflegekräfte her.
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit Ost und West, für Männer und Frauen.
- ★ 1800 DM netto Mindesteinkommen alle ab 18 Jahre.
- ★ Arbeit und Ausbildung für alle fortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalniveau gleich als Einstieg in weitere Arbeitsverkleinerung.
- ★ Die Reichen sollen zahlen: Steuerform mit dem Ziel der Abschaffung der indirekten Steuern auf den Maaßverbrauch und Abschaffung der Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einheitsbezogener Besteuerung bei steigender Belastung der Gewinne und Verdienern.

Kampfbereitschaft im Öffentlichen Dienst

Um den öffentlichen Arbeitgebern zu zeigen, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht gewillt sind, die Angriffe auf ihren Lebensstandard hinzunehmen, rief die Gewerkschaft ÖTV zu einer Großkundgebung am 7. März in die Essener Grugahalle auf. Etwa 8000 Kolleginnen und Kollegen aus allen Teilen Deutschlands, auch aus den neuen Bundesländern, sind diesem Aufruf gefolgt, um der von den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes gestellten Forderung nach einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 9,5% und Urlaubsgeld von 550 DM Nachdruck zu verleihen.

Als erster Redner machte ein Personalrats-Mitglied aus Erfurt klar, daß der von der Bundesregierung geforderte Lohnverzicht gar nicht dem Aufbau im Osten zugute kommt, sondern daß

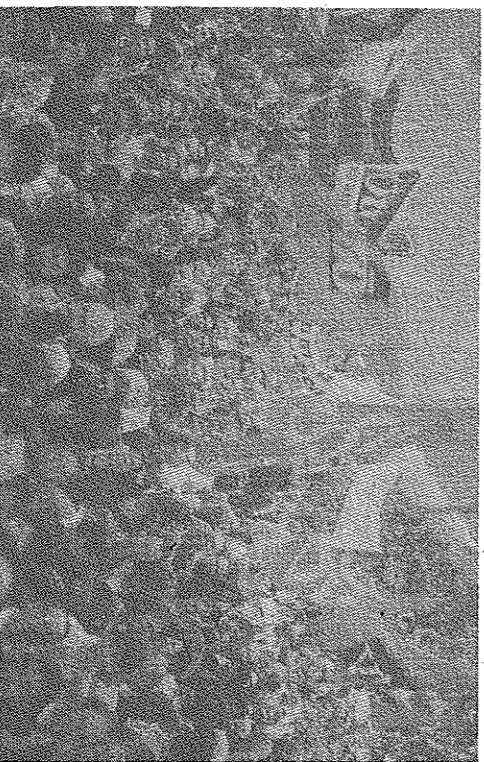
im Gegenteil jede Mark-Lohnserhöhung im Westen automatisch 60 Pfennig mehr Lohn im Osten bedeutet.

Danach sprach die Hauptrednerin der Veranstaltung, die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulk-Mathies. Sie warf der Bundesregierung Unrechlichkeit vor, weil diese erst goldene Schüsseln versprochen, danach die Kosten der deutschen Einigung geschickt hat, anschließend mit der Steuerhölle kam und nun die immensen Kosten der Einheit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aufbürden will. Und weiterhin: „Kohl ist unrechtlich! Er sagt, es sei kein Jahr der Verteilungskämpfe. In Wirklichkeit aber investieren die Kapitalisten nicht einmal 10% ihrer liquiden Gewinne im Osten, aber für die Arbeitnehmer werden die Steuern und Abgaben ständig erhöht.“

Und unter donnerndem Applaus fuhr sie fort: „Unsere Geduld ist zu Ende. Diese Veranstaltung ist eine machtvolle Demonstration unserer Kampfbereitschaft. Wenn die Regierung ihre Mäxlmann-Strategie durchziehen will, dann kann es für uns nur eine Antwort geben: Urabstimmung und Streik!“ Aus dem Saal kam die Antwort „Auf zum Streik - wir sind bereit!“

Ein Kollege von der Müllabfuhr schenkte der Vorsitzenden eine Mülltonne, damit sie die miserablen Arbeitsgeherangebote gleich an den richtigen Ort befördern kann.

Anschließend berichtete der Vorsitzende der Gewerkschaft HBV von den Erfahrungen im Tarifkampf der Bankangestellten. Er sagte, daß mit jedem Streiktag trotz niedrigem Organisa-



Kampf stehen.“

Der DGB-Vorsitzende Mayer n schließlich in seiner Rede die Verheit der Regierung deutlich: „Auch ist kein Geld da für Pflege und Löhne, aber offenbar ist Geld vorhanden für Raumpfleger und ger 90.“

Am Ende der kämpferisch gesteuerten Veranstaltung gab es Applaus das Verlesen einer Solidaritätsan die streikenden Wertarbeitern Mecklenburg-Vorpommern. Hartwig Schaal, Alsdorf ÖTV- und SPD-Mitglied